



Vorläufiges Programm

Stand Dezember 2025

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Unsere Kritik: Zustand der anarchistischen Bewegung im deutschsprachigen Raum.....	2
1.1. Verantwortung, Autonomie und Zuverlässigkeit.....	3
1.2. Patriarchale und rassistische Denk- und Verhaltensweisen.....	4
1.3. Organisierung, Profil und Strategie.....	4
1.4. Debattenfähigkeit und Bildung.....	5
1.5. Gesellschaft, Außenwirkung und solidarische Kritik.....	6
2. Unser Ansatz: Die anarchistische politische Organisation.....	7
2.1. Ideologische Einordnung.....	9
2.1.1. Anarchistischer Kommunismus.....	9
2.1.2. Anarchistischer Feminismus.....	10
2.2. Strukturanalyse.....	11
2.3. Gesellschaftsvision.....	11
2.4. Allgemeine Strategie.....	13
2.5. Funktionsweise der Föderation.....	15
2.6. Organisationskultur.....	15
2.7. An Problemen arbeiten.....	16
3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen.....	16
3.1. Kapitalismus.....	17
3.2. Staat.....	19
3.2.1. Parlamentarismus.....	20
3.2.2. Bildungssystem.....	20
3.2.3. Repression.....	21
3.2.4. Abgrenzung zum „Staatssozialismus“.....	22
3.3. Imperialismus.....	22
3.4. Rassismus.....	23
3.5. Patriarchat.....	24
3.6. Umweltzerstörung und Klimakrise.....	26
3.7. Technologischer Wandel & Digitalisierung.....	28
3.8. Aufstieg der Rechten.....	28
3.9. Aktuelle Entwicklungen.....	29

Einleitung

Hallo!

Mit diesem Dokument haltet ihr das vorläufige Programm der anarchakommunistischen Föderation Die Plattform in den Händen. Es ist das aktuellste Zwischenergebnis unseres Organisationsaufbaus.

Der Text ist in drei Abschnitte aufgeteilt: Wir beginnen mit einer Kritik der anarchistischen Bewegung in unserer Region. Diese Kritik war schon 2019 ausschlaggebend dafür, dass sich die Plattform gegründet hat. Mit den Erkenntnissen der vergangenen Jahre haben wir unsere Kritik an der Bewegung nun aktualisiert und erweitert. Dabei betonen wir, dass wir selbst diese Probleme noch nicht überwunden haben, aber in einem stetigen Prozess der Weiterentwicklung sind. Wir stehen nicht außerhalb der Bewegung, sondern sind in ihr verankert und kämpfen ebenso mit den von uns beschriebenen Problemen.

Aus unserer Kritik der anarchistischen Bewegung, den Erfahrungen anderer anarchistischer politischer Organisationen und unseren eigenen Erfahrungen im Organisationsaufbau und der gesellschaftlichen Praxis haben wir Schlüsse gezogen, wie unsere Organisation und ihr Programm aussehen soll. Diese Schlüsse haben wir im zweiten Abschnitt zusammengefasst.

Wir gehen weiterhin davon aus, dass eine gemeinsame Analyse der Strukturen und Entwicklungen der gegenwärtigen Gesellschaft unerlässlich ist, um zu verstehen, wie wir unseren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung heute führen müssen. Im dritten Abschnitt präsentieren wir daher einen aktualisierten Abriss unserer Strukturanalyse. In allen drei Abschnitten sehen wir Fragen, die wir für uns selbst aktuell noch nicht beantwortet haben, aber zukünftig beantworten wollen.

Den Namen des Textes – Vorläufiges Programm – haben wir nicht zufällig gewählt. Dieses Papier beinhaltet bereits die Grundrisse des Programms einer anarchistischen politischen Organisation. Es sind jedoch eben nur Grundrisse, die in den kommenden Jahren zu einem fertigen Programm ausgearbeitet werden müssen. Während ihr das hier lest, haben wir bereits begonnen, die Diskussionen darüber zu führen. Gleichzeitig bauen wir die Strukturen unserer Organisation weiter auf und entwickeln unsere gesellschaftliche Praxis weiter.

Sogar noch mehr als im Jahr unserer Gründung sind die Zeiten, in denen wir heute leben, von Verarmung, Rechtsruck, Umweltzerstörung und Krieg geprägt. Doch sich dem Lauf des Weltgeschehens zu ergeben, ist für uns keine Alternative.

Der Kampf für die soziale Revolution und den freiheitlichen Kommunismus ist weiterhin notwendig, auch wenn diese gerade nicht am Horizont sichtbar sind. Um dies zu ändern braucht es eine verbindliche Organisation, anders werden wir ein gutes Leben für alle nicht erkämpfen. Wenn diese Einleitung und die folgenden Seiten euren Vorstellungen und Ideen entsprechen, dann meldet euch bei eurer nächsten Lokalgruppe oder der Föderation.

Uns ist wichtig, mit unseren Genoss:innen und der Bewegung im Austausch zu stehen und so unsere Standpunkte ständig zu prüfen und weiterzuentwickeln. Wir freuen uns daher sehr über Anmerkungen und Kritik zu diesem Text: [kontakt\[at\]dieplattform.org](mailto:kontakt[at]dieplattform.org)

Für die soziale Revolution!

Für den freiheitlichen Kommunismus!

Die Plattform – Anarchakommunistische Föderation, Dezember 2025

1. Unsere Kritik: Zustand der anarchistischen Bewegung im deutschsprachigen Raum

Die Lage der anarchistischen Bewegung im deutschsprachigen Raum hat sich in den Jahren seit Gründung der Plattform nicht grundlegend verändert. Ähnlich wie die gesamte linksradikale Bewegung ist sie weiterhin schwach und weit davon entfernt, eine bedeutende gesellschaftliche Kraft zu werden.

Allerdings hat sich die anarchistische Bewegung in dieser Zeit durchaus auch gewandelt und zeigt Entwicklungen, die wir begrüßen: Als wir Die Plattform gründeten, dominierte der strömungsübergreifende Anarchismus den organisierten Teil der Bewegung. Der Anarchismus, der den Klassenkampf in den Mittelpunkt rückte, beschränkte sich dagegen fast ausschließlich auf die Strukturen der Freien Arbeiter*innen-Union (FAU). In den letzten Jahren konnten wir jedoch einen kontinuierlichen Niedergang des strömungsübergreifenden Anarchismus beobachten. Gleichzeitig wurde der klassenkämpferische Anarchismus stärker und vielfältiger: die FAU ist kontinuierlich gewachsen, hat etliche betriebliche Kämpfe geführt und ihr gewerkschaftliches Profil geschärft. Außerhalb von ihr haben sich klassenkämpferische Organisationen wie das Autonome Schüler*innen Syndikat, Perspektive Selbstverwaltung oder Die Plattform aufgebaut. Die anarchistischen Organisationsansätze Plattformismus und Especifismo, auf die wir uns beziehen und die 2019 innerhalb der deutschsprachigen anarchistischen Organisationslandschaft fast keine Rolle spielten, sind deutlich bekannter geworden.

Diese Entwicklung macht uns Hoffnung für die Zukunft unserer Bewegung. Doch die Gesamtlage der emanzipatorischen gesellschaftlichen Kämpfe und Bewegungen ist immer noch besorgniserregend. Es gibt weiterhin keine radikalen Massenkämpfe oder Revolten, die die herrschenden Zustände ernsthaft in Frage stellen und die Möglichkeit schaffen, sie zu überwinden. Stattdessen hat sich die Situation sogar weiter verschlechtert. Während wir im Zeitraum unserer Gründung noch eine Reihe emanzipatorischer Protestbewegungen auf den Straßen beobachten konnten, ist davon heute nur wenig übrig geblieben. Die Protestdynamik ist schwächer geworden, bestehende Bewegungen bauen weniger Druck auf. Die jüngsten Krisen - von der Corona-Pandemie über die Kriege in der Ukraine und in Palästina bis zur Inflation - haben enorme gesellschaftliche Verwerfungen hervorgebracht. Revolutionäre Kräfte waren jedoch größtenteils nicht in der Lage, die Lohnabhängigen mit ihren Antworten auf die Krisen zu mobilisieren und zu organisieren. Gleichzeitig konnten rechte Kräfte von diesen Entwicklungen stark profitieren. Die anarchistische Bewegung war und ist zu

schwach, um in den aktuellen Krisenzeiten mit eigenen Perspektiven und eigenen Organisationen eine wirkliche Alternative für breite Teile der lohnabhängigen Klasse bieten zu können. Zwar sind Anarchist:innen in vielen der noch verbliebenen emanzipatorischen Kämpfe und Bewegungen vertreten, jedoch nicht stark genug organisiert, um dort maßgeblichen Einfluss auf ihre Richtung zu nehmen. Das hängt natürlich auch mit den gesellschaftlichen Umständen zusammen. Zu großen Teilen sind die inneren Probleme der anarchistischen Bewegung aber selbst dafür verantwortlich. Dabei machen wir 2025 im Großen und Ganzen noch immer die gleichen Probleme aus wie bei unserer Gründung. Einige weitere haben wir in den letzten Jahren erst erkannt. Dabei ist für uns klar, dass auch wir Teil dieser Bewegung sind und sich deshalb viele dieser Probleme auch in unser Organisation wiederfinden lassen.

1.1. Verantwortung, Autonomie und Zuverlässigkeit

In der gesamten anarchistischen Bewegungen nehmen wir einen starken **Mangel an Verantwortungsbewusstsein und Ernsthaftigkeit** wahr. Es scheint so, als ob viele Genoss:innen politische Arbeit mehr als eine Freizeitbeschäftigung betrachten, der sie nur nachgehen, solange es ihnen Spaß macht. Ein wirkliches Verantwortungsgefühl gegenüber sich selbst, den Genoss:innen und dem politischen Kampf fehlt uns in der Bewegung. Als Konsequenz kommt es zu schlechten und demoralisierenden Erfahrungen bei anderen Genoss:innen. Im schlimmsten Fall ziehen sich diese enttäuscht, frustriert und ausgebrannt aus ihrer politischen Arbeit zurück.

Eng damit zusammen hängt unserer Meinung nach ein **falsches Verständnis von Autonomie**, das leider unter vielen Anarchist:innen vorherrscht. Sie haben ein individualistisches Verständnis von Freiheit, als reine Abwesenheit jeden Zwangs. Schon die Aufforderung, freiwillige Vereinbarungen einzuhalten, gilt vielen als Zwang, der abgelehnt wird. In der Folge findet Aktivismus nur nach eigenen Wünschen statt. Es wird nicht kollektiv besprochen unter welchen Bedingungen (zum Beispiel die Menge zu erledigender Sorgearbeit) welche politische Arbeit machbar ist. Dem stellen wir ein anderes Verständnis von Freiheit entgegen, welches gemeinsame Ermächtigung durch kollektive Praxis und Verbindlichkeit in dem Mittelpunkt rückt.

Fehlendes Verantwortungsbewusstsein und Ernsthaftigkeit auf der einen und ein falsches Verständnis von Autonomie auf der anderen Seite sind auch Gründe für die **Unzuverlässigkeit**, die in anarchistischen Strukturen stark verbreitet ist. Bei Treffen und Kongressen werden ambitionierte Pläne diskutiert und abgestimmt, von denen am Ende kaum einer umgesetzt wird oder die Arbeit bleibt an den immer gleichen Menschen hängen. Das Nicht-Erledigen übernommener Aufgaben bleibt meist folgenlos und führt zur erwähnten Frustration. Anarchismus bedeutet nicht, dass jeder Mensch nur macht, worauf er gerade Lust hat. Aufgaben sollten zwar freiwillig und selbstbestimmt übernommen werden, doch ihre Umsetzung geht immer mit Verbindlichkeit einher. Natürlich können bei Problemen oder Schwierigkeiten Aufgaben immer noch gemeinsam oder von anderen gelöst werden. Niemand will militärischen Gehorsam oder Bestrafungen, weil Absprachen nicht eingehalten werden konnten. Uns ist bewusst, dass wir alle vom individualistischen bürgerlichen System geprägt sind, was unsere Persönlichkeiten beeinflusst und damit auch, wie wir in politischen Strukturen agieren.

Unzuverlässigkeit und eine mangelnde Kommunikation können wir deswegen – trotz spürbarer Verbesserungen – leider auch in unseren eigenen Strukturen beobachten und müssen uns immer wieder daran erinnern, dass es notwendig ist, Aufgaben klar zu verteilen und dass eindeutig erkennbar sein muss, welchen Wert die Entscheidungen und Diskussionen für unsere Arbeit haben.

1.2. Patriarchale und rassistische Denk- und Verhaltensweisen

Nicht nur die allgemeine Kultur des bürgerlichen Systems, sondern auch einzelne Strukturen der Unterdrückung, die die Gesellschaft durchziehen, prägen unsere Denk- und Verhaltensweisen. Deshalb kommen **patriarchale oder rassistische Denk- und Verhaltensweisen** auch in der anarchistischen Bewegung vor. Das schlägt sich beispielsweise darin nieder, wie einzelne Aufgaben innerhalb von Strukturen verteilt sind. Weiblich sozialisierten¹ Genoss:innen kommt dabei noch immer der Großteil der Sorgearbeit zu, bei theoretischen Arbeiten oder in öffentlich sichtbaren Funktionen sind sie dagegen oft unterrepräsentiert. Es schlägt sich aber auch nieder in Übergriffen von cis Männern auf Frauen, Lesben, inter, trans, nichtbinäre und agender Personen (FLINTA*). Aufmerksamkeit auf diese vielfältigen Missstände zu lenken, fällt oft auf die FLINTA*-Personen in den Strukturen zurück.

Rassistische Denk- und Verhaltensweisen werden beispielsweise deutlich, wenn die Lebensrealitäten, Probleme und Forderungen von rassifizierten Menschen ignoriert oder vernachlässigt werden. Sie sind auch dort sichtbar, wo koloniale Unterdrückung und ihre Konsequenzen geleugnet, ignoriert oder heruntergespielt werden.

Auch in der Plattform treten patriarchale und rassistische Denk- und Verhaltensweisen immer wieder auf. Hier kann nur eine dauerhafte Beschäftigung aller Mitglieder mit diesen Fragen sowie Räume für die autonome Organisation der Betroffenen Verbesserung schaffen. Antipatriarchale und antirassistische Perspektiven müssen grundsätzlich Teil unserer Analysen und praktischen Arbeit sein. Diese Perspektiven müssen konsequent in die Gesellschaft getragen werden, um die vorherrschenden und miteinander verbundenen Unterdrückungssysteme zu bekämpfen und aufzulösen.

1.3. Organisation, Profil und Strategie

Sich politisch zu organisieren ist unserer Überzeugung nach Voraussetzung dafür, langfristig und überregional zusammenzuarbeiten und dadurch erst handlungsfähig zu werden. Entsprechend schwächt die vorherrschende **Desorganisation** die anarchistische Bewegung. In den letzten Jahren konnten wir jedoch beobachten, dass einige anarchistische Organisationen ihre Aktivitäten eher aufrecht erhalten und sogar ausweiten konnten. Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass zunehmend solidere Grundlagen und langfristige Strukturen geschaffen werden. Leider gibt es aber immer noch viele Anarchist:innen, die sich jenseits einzelner Projekte kaum organisieren.

Strukturen allein lösen unsere Probleme allerdings nicht. Wir sind davon überzeugt, dass anarchistische Gruppen und Organisationen ihre Profillosigkeit und inhaltliche Beliebigkeit überwinden müssen. Unter dem allgemeinen Banner des Anarchismus werden oft verschiedenste Ideen versammelt,

¹ Sozialisation ist der Prozess, durch den Menschen lernen, wie sie in einer Gesellschaft leben und sich verhalten sollen.

die teilweise immense innere Widersprüche aufweisen. Ein klares Bild der eigenen Ideen kann so nach außen nicht vermittelt werden.

Stattdessen müssen wir überzeugend darlegen, was Anarchismus für uns bedeutet, welche Ziele er verfolgt und welche Mittel er vorschlägt, um neue Menschen für unsere Sache zu begeistern. Die aktuellen Entwicklungen stimmen uns deshalb optimistisch; sie lassen bereits eine klar definierte, klassenkämpferische Strömung des Anarchismus erkennen und ermöglichen so ein eindeutigeres Auftreten.

Nur die anarchistische Idee zu erklären und zu verbreiten, reicht allerdings nicht aus, wenn wir die Gesellschaft verändern wollen. Anarchist:innen müssen sich aktiv in die konkreten Kämpfe einbringen, die in diese Richtung deuten. Voraussetzung dafür ist, mit der anhaltenden **Strategielosigkeit** der anarchistischen Bewegung zu brechen. Zumeist ist es noch immer so, dass Gruppen und Organisationen ihre Arbeit weder langfristig planen, noch von festgelegten Zielen ableiten. Allgemein reagieren wir deswegen mehr auf gesellschaftliche Ereignisse, als dass wir sie aktiv beeinflussen. Da, wo heute schon strategische Überlegungen passieren, werden sie leider oft von Einzelpersonen entwickelt und nicht von Kollektiven. Auch wir stehen dabei aktuell vor der Aufgabe, eine kollektive föderale Strategie zu entwickeln und die Ergebnisse der Diskussionen in eine lokale Praxis umzusetzen.

1.4. Debattenfähigkeit und Bildung

In den letzten Jahren haben wir festgestellt, dass ein Grund für die unzureichende Fähigkeit zur Strategieentwicklung auch in der **fehlenden Debattenfähigkeit** unserer Bewegung liegt. Taktische Debatten, wie über den Umgang mit diffusen Massenprotesten, haben in der letzten Zeit zwar zugenommen, aber über die zentralen Fragen einer revolutionären anarchistischen Gesamtstrategie sprechen wir als Bewegung leider immer noch sehr wenig: Welche Kämpfe und Bewegungen priorisieren wir in unserer Arbeit? Wie können wir aus einzelnen Bewegungen eine gemeinsame revolutionäre Bewegung formieren? Wie kann der endgültige Bruch mit dem herrschenden System aussehen und wie kommen wir zu einer anderen Gesellschaft? All diese Fragen und viele mehr müssen diskutiert werden, um aus Fehlern zu lernen und die Bewegung weiterzuentwickeln.

Die Fähigkeit zur Debatte fällt aber auch nicht vom Himmel. Sie kann und sollte bewusst gefördert werden. Doch das wird durch **fehlende kollektive Bildung** erschwert. Vorträge, Workshops und Skillshare-Wochenenden sind gut, ersetzen aber keine größeren kollektiven Bildungsprogramme, die im besten Fall in Organisationen eingebettet sind. Wir sind davon überzeugt, dass solche Programme notwendig sind, um eine möglichst zugängliche und damit breite Wissensweitergabe zu ermöglichen, bestehende Hürden in der Bewegung sowie Wissenshierarchien zwischen Menschen aus akademischen und nicht-akademischen Hintergründen abzubauen, die immer wieder dafür sorgen, dass Menschen aus letzterer Gruppe sich zurückziehen.

Kollektive Bildungsprogramme können dem entgegenwirken und eine gemeinsame Grundlage schaffen. Von dieser gemeinsamen Grundlage aus können wir strategische Debatten führen, uns weiterentwickeln, kritisieren und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Ein gutes Beispiel da-

für ist die FAU: Sie bietet gewerkschaftliche Schulungen an, darunter eine jährlich stattfindende Sommerschule.

1.5. Gesellschaft, Außenwirkung und solidarische Kritik

Innerhalb der anarchistischen Bewegung ist eine ablehnende Haltung zur Gesellschaft und zur lohnabhängigen Klasse, die oft als reaktionär betrachtet wird, leider weit verbreitet. Um das Problem der fehlenden gesellschaftlichen Relevanz und schlechten Außenwirkung des Anarchismus anzugehen, ist es unserer Meinung nach zentral, diese Haltung abzulegen. Eine anarchistische Revolution kann nur durch eine Organisation und Bewegung der breiten Massen geschehen. Statt aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen, sich mit diesen Massen zu organisieren, findet viel zu oft eine Abgrenzung von der Gesellschaft über eine politische Subkultur – die Szene – statt. Menschen, die neu in die Bewegung kommen, werden davon entweder abgeschreckt oder bleiben dabei und gewöhnen sich diese Haltung selbst an. So setzt sich dieses Problem immer weiter fort.

In der Folge finden viele Diskussionen um ihrer selbst willen statt. Es werden gesellschaftliche Entwicklungen zwar kritisiert, aber keine konkreten Angebote gemacht, ernsthaft Einfluss auf sie zu nehmen. Die fehlende Selbstwirksamkeit und reine Betrachtung der Entwicklungen von außen tragen zu einer fehlenden Hoffnung auf einen revolutionären Wandel bei. Das lädt dazu ein, die eigenen Aktionen nicht mehr als wirkungsvoll anzusehen und die Energie zu kämpfen geht verloren. Für uns stellt sich dabei die Frage:

Wie wollen wir andere Menschen davon überzeugen, sich den anarchistischen Ideen anzuschließen und für eine soziale Revolution zu kämpfen, wenn wir selbst nicht davon überzeugt sind, dass diese langfristig möglich und nötig ist?

Ein weiteres Hindernis ist die Entkopplung zwischen den Sphären Aktivismus und Alltag. Die meisten Aktivist:innen in den emanzipatorischen Bewegungen engagieren sich vor allem in ihrer Freizeit und außerhalb ihres eigenen Alltags. Anstatt die Kämpfe in den tagtäglichen Konflikten und Strukturen zu verankern, beispielsweise in den Betrieben, in denen wir arbeiten, oder den Stadtteilen, in denen wir leben, verharren wir mit unseren Aktionen und Veranstaltungen oft in einer reinen Selbstbezogenheit. Auch unsere Organisation ist davor oft nicht gefeit.

Wir müssen auch überlegen, wie wir unsere Ideen im 21. Jahrhundert wieder in die Gesellschaft tragen können. Dafür müssen wir die **öffentliche Unsichtbarkeit und die schlechte Außenwirkung** angehen, welche schon lange Probleme des Anarchismus sind. Auch heute noch wird innerhalb der anarchistischen Bewegung viel zu wenig Mühe darein gesteckt, außenstehenden Menschen das eigene Programm zu vermitteln. Dabei werden neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit nur wenig und ohne strategische Überlegungen einbezogen – auch von dieser Kritik nehmen wir uns nicht aus. Es gibt auch positive Entwicklungen mit mehr und mehr professionellen Online-Auftritten von Organisationen und Medienprojekten, die sich jedoch aktuell hauptsächlich noch an die anarchistische Bewegung richten. Weiterhin steht für uns die Frage im Raum, wie wir möglichst sicher arbeiten und uns vor Repressionen schützen können, ohne dabei auf öffentliche Wirksamkeit verzichten zu müssen.

Neben mangelnden inhaltlichen Diskussionen haben wir den Eindruck, dass es in der anarchistischen Bewegung einen **Mangel an solidarischer und offener Kritik** untereinander gibt. An einzelne Genoss:innen gerichtete Kritik wird oft als Erniedrigung oder Ungerechtigkeit empfunden. Andersherum wird Kritik auch eingesetzt, um sich von anderen abzugrenzen und selbst aufzuwerten. Wir alle machen Fehler, für die wir kritisiert werden können. Wir wollen Kritik an diesen allerdings als Geste des gemeinsamen Lernens und Voranschreitens äußern. Eine fehlende Kritikkultur führt sonst zur Konsequenzlosigkeit unseres Handelns und am Ende zu Frustration und Resignation bei unseren Genoss:innen. Dazu zählen nicht erledigte Aufgaben, die strukturellen Hürden problematisches Verhalten solidarisch kritisieren zu können und das Unvermögen zwischenmenschliche Konflikte und Probleme in Gruppen anzusprechen und zu bearbeiten. In unserer Organisation hat die Auseinandersetzung mit diesem Thema begonnen, beispielsweise in Form von Kritik- und Selbstkritik-Konzepten.

Auch wenn wir hier viel Kritik geübt haben, sind wir überzeugt: Der Anarchismus bleibt der vielversprechendste Weg, um eine freie Gesellschaft zu erkämpfen.

Deswegen führt uns die Kritik nicht zur Abwendung vom Anarchismus, sondern zur Hinwendung, die Probleme aktiv zu bearbeiten und eine breite und organisierte anarchistische Bewegung aufzubauen. Wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels erwähnt stehen wir dabei nicht allein. Trotz der vor uns liegenden Aufgaben spüren wir Hoffnung und das Gefühl, uns in die richtige Richtung zu bewegen.

2. Unser Ansatz: Die anarchistische politische Organisation

Unser Ziel als Organisation ist es, für eine befreite Gesellschaft zu kämpfen, die von uns benannten Probleme der anarchistischen Bewegung zu überwinden und den Anarchismus im deutschsprachigen Raum wieder zu einer relevanten revolutionären Kraft zu machen. Dafür halten wir es für notwendig, eine spezifisch anarchistische politische Organisation aufzubauen. Diese ermöglicht es uns, in die breiteren Kämpfe und Organisationen der Lohnabhängigen Klasse zu intervenieren. Damit stellen wir uns in die Tradition des anarchistischen Organisationsdualismus; einer Strömung, die sich von ihren Anfängen durch die Geschichte der anarchistischen Bewegung zieht. Dieser fordert einerseits den Zusammenschluss Gleichgesinnter in einer spezifischen anarchistischen Organisation mit einem gemeinsamen Programm, anstatt nur vereinzelt in sozialen Bewegungen aktiv zu sein. Zugleich betont er, dass diese Organisation nicht alleine und ohne breitere Beteiligung an Massenbewegungen und -Organisationen Veränderungen erkämpfen und damit ihre Ziele erreichen kann. Wir orientieren uns weiterhin an den Ansätzen des Plattformismus und Especifismo. Aus diesen leiten wir folgende Prinzipien für unsere Organisation ab:

- **Ideologische und theoretische Einheit:**
eine gemeinsame Analyse der Gesellschaft, hinter der alle Mitglieder stehen
- **Gemeinsame Strategie:**
eine aus der Analyse abgeleitete übergeordnete Strategie, die die Lokalgruppen eigenständig auf die jeweiligen Begebenheiten vor Ort anwenden

2. Unser Ansatz: Die anarchistische politische Organisation

- **Kollektive Verantwortung:**
Jedes Mitglied trägt Verantwortung für die Aufgaben der Organisation, die Organisation trägt die Verantwortung für das Handeln jedes einzelnen Mitglieds.
- **Föderalistischer Aufbau:**
Alle Entscheidungen gehen von den Lokalgruppen aus. Auf der Ebene der Föderation kommen Delegierte der Lokalgruppen zusammen um Koordination und Kommunikation zu ermöglichen.
- **Soziale Einfügung:**
Gemeinsame gesellschaftliche Praxis in Massenorganisationen oder sozialen Bewegungen. Wir arbeiten und kämpfen hier auf Augenhöhe und versuchen, unsere Ziele und Werte zu verbreiten.

Die genaue Ausformulierung dieser Prinzipien steht noch aus und wird erst in unserem noch zu erarbeitenden Programm festgehalten. Folgende Elemente müssen darin enthalten sein:

- **Ideologische Einordnung:**
eine allgemeine Erläuterung unserer Weltanschauung
- **Strukturanalyse:**
eine Analyse der bestehenden Gesellschaft und ihrer Strukturen
- **Gesellschaftsvision:**
ein Umriss der neuen Gesellschaft, die wir stattdessen anstreben
- **Allgemeine Strategie/ Übergeordnete Strategie:**
ein Weg, wie wir diese Gesellschaft langfristig erkämpfen wollen
- **Situationsanalyse:**
eine Analyse der aktuellen politischen Situation
- **Mittelfristige Strategie / Konkrete Strategie:**
eine Abfolge der nächsten Schritte, mit denen wir uns in der aktuellen Situation auf dem Weg zur befreiten Gesellschaft fortbewegen wollen

Im Moment verfügt unsere Organisation noch nicht über ein solches Programm. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, dieses in den nächsten Jahren in einem breit angelegten, föderationsweiten Diskussionsprozess zu erarbeiten. Bis dahin werden wir uns an den grundrissartigen Bestandteilen unseres Programms orientieren und es im Laufe der Diskussion schrittweise vervollständigen. Parallel zum Diskussionsprozess bauen wir weiter die lokalen und föderalen Strukturen unserer Organisation auf und vertiefen unsere kollektive gesellschaftliche Praxis. Unsere theoretische und praktische Arbeit steht dabei in Wechselwirkung zueinander: Aus Ideologie und Theorie formen wir eine Strategie, richten daran unsere Praxis aus und erarbeiten aus den Erfahrungen der Praxis neue Theorie. Dieser Prozess stellt zugleich eine fortlaufende Anpassung unserer Theorie sicher und bereichert unsere Praxis mit durchdachtem Handeln.

Unser Anspruch ist nicht, theoretische Einheit in allen Detailfragen herzustellen oder jede einzelne lokale Aktion vorher gemeinsam abzusprechen. Aber wir brauchen das Vertrauen in die Einigkeit bei grundsätzlichen Fragen: Wogegen und wofür wir kämpfen und entlang welcher Linien wir dies

tun, sodass wir in eine gemeinsame Richtung handeln können, ohne immer wieder die gleichen Diskussionen führen zu müssen. Den historischen Fallstricken der plattformistischen Strömung, durch eine zu eng verstandene Einheitlichkeit den kreativen Fluss verschiedener Ansätze und Gedanken zu unterbinden, sind wir uns dabei bewusst und versuchen, eine möglichst offene Debattenkultur zu schaffen.

Wir haben nicht das Ziel, alle Anarchist:innen in unserer Organisation zu vereinen. Wir wollen uns mit den Genoss:innen organisieren, die sich mit der bereits geübten Kritik an der Bewegung, unseren Zielen und dem Ansatz unserer Organisation identifizieren. Auch glauben wir nicht, eine alleinige Vertretung des Anarchismus zu sein. Die meisten anderen anarchistischen Ansätze haben ebenso ihre Berechtigung und wir freuen uns, mit ihnen zusammenzuarbeiten, wo sich sinnvolle Gelegenheiten dazu ergeben.

2.1. Ideologische Einordnung

Unsere Analysen, Ziele und Strategien sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind inspiriert von einer politischen Bewegung, die seit gut 150 Jahren um die vollständige Befreiung der Menschheit kämpft: dem Anarchismus. Weil unsere Auffassung der Welt, unsere Vorstellung von ihrer Zukunft und unsere Mittel und Wege, wie wir dorthin gelangen wollen, mit denen dieser Bewegung übereinstimmen, verstehen wir uns als Anarchist:innen und als Teil dieser Traditionslinie. Insbesondere identifizieren wir uns dabei mit zwei Strömungen, die sich aus der historischen anarchistischen Bewegung heraus gebildet haben. Wir beziehen jedoch auch Erkenntnisse und Erfahrungen anderer anarchistischer, emanzipatorischer und revolutionärer Strömungen in unsere Theorie und Praxis ein.

2.1.1. Anarchistischer Kommunismus

In Abgrenzung zu individualistischen und gegen die Gesellschaft gerichteten Strömungen des Anarchismus, stellen wir uns bewusst in die Tradition des anarchistischen Kommunismus. Diese Strömung ist aus der sozialistischen Arbeiter:innenbewegung des 19. Jahrhunderts hervorgegangen und war Leitbild für einen Großteil der Organisationen des Anarchismus. Dazu gehören beispielsweise die Gewerkschaften Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), die Federación Obrera Regional Argentina (FORA), die spanische Confederación Nacional de Trabajo (CNT), aber auch politische Organisationen wie die Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands (FKAD), die bulgarische Föderation Anarchistischer Kommunisten Bulgariens (FAKB), der Partido Liberal Mexicano (PLM) und die spanische Federación Anarquista Iberica (FAI).

Als anarchistische Kommunist:innen wollen wir alle Formen von Herrschaft überwinden: die kapitalistische Klassengesellschaft, den Staat, das Patriarchat, den Rassismus und jede weitere Form der Ausbeutung und Unterdrückung. Die einzige Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, sehen wir im kollektiven und organisierten Kampf derjenigen, die in diesem System ausgebeutet und unterdrückt werden. Als solche müssen wir eine soziale Revolution durchführen, in der wir die Kontrolle über die Produktionsmittel übernehmen, diese unter Selbstverwaltung stellen und die gesellschaftlich bestehenden und auch individuell verinnerlichten Herrschaftsstrukturen überwinden.

Produktion und Verteilung müssen umorganisiert werden und sich ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen richten. Der Staat muss zerschlagen und durch eine Föderation von Stadtteil- und Dorfräten ersetzt werden, die sich von unten nach oben in stadtweiten, regionalen und weltweiten Räten miteinander verbinden. Diese Überlegungen sind keine bloßen Träumereien, sondern sind an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten von revolutionären Massenbewegungen so oder so ähnlich umgesetzt worden. Wir beziehen uns in diesem Sinne beispielsweise auf die Pariser Kommune von 1871, auf die mexikanische Revolution von 1911, die revolutionären Erhebungen im zaristischen Russland, die Ukrainische Revolution von 1917, die Revolution in Deutschland 1918, in Shinmin 1929, in Spanien 1936 sowie die Revolution der Zapatistas seit 1994 und die der Kurd:innen und anderer Bevölkerungsgruppen in Nord- und Ostsyrien seit 2011.

2.1.2. Anarchistischer Feminismus

Des Weiteren sehen wir uns in der Tradition eines anarchistischen Feminismus. Ebenso wie die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung insgesamt war die Geschichte des Anarchismus lange Zeit von männlicher Dominanz geprägt. Dadurch wurden die praktischen und theoretischen Beiträge und die Perspektiven von FLINTA*-Genoss:innen oft übersehen oder unterschätzt. Dabei waren und sind diese unverzichtbar für die Bewegung und prägten diese nachhaltig. Ohne FLINTA*-Personen und ohne den Kampf gegen das Patriarchat und alle anderen Herrschaftsstrukturen, kann es keinen Kampf für eine freiheitlich-kommunistische Gesellschaft geben.

Der Begriff "Anarchafeminismus", der oft gleichbedeutend mit "Anarchistischer Feminismus" verwendet wird, ist in den 1970er Jahren in der Auseinandersetzung radikaler Feminist:innen mit dem Anarchismus entstanden. In der Folge wurde von vielen Genoss:innen wichtige Arbeit geleistet, um das anarchistische Verständnis der patriarchalen Unterdrückung auf die Höhe ihrer Zeit zu heben. Doch die Geschichte antipatriarchaler Theorie und Praxis in der anarchistischen Bewegung reicht weiter zurück. Erste anarchistische Frauengruppen und einzelne Aktivist:innen waren in verschiedenen Ländern schon in den ersten Jahrzehnten der Bewegung aktiv und setzten sich nicht nur für die allgemeine Befreiung der Arbeiter:innen, sondern auch für die spezifische Befreiung der arbeitenden Frauen ein – sowie gegen ihre Benachteiligung innerhalb der anarchistischen Bewegung. Beispielhaft zu nennen sind hier die Zeitschrift "Voz de la Mujer" aus dem argentinischen Buenos Aires oder Einzelpersonen wie Louise Michel aus Frankreich und Emma Goldman, die vor allem in den USA wirkte. Die wohl wichtigste anarchistische Frauenorganisation waren die spanischen Mujeres Libres, die im Jahr 1936 in Spanien gegründet wurden.

Bislang ist der Begriff des anarchistischen Feminismus noch nicht ausreichend konkretisiert worden. So ist nicht klar, auf welche Gruppen, Einzelpersonen, Theorien oder praktische Ansätze, sich eigentlich bezogen wird. Stattdessen wird der Begriff oft lediglich als Selbst- oder Fremdbezeichnung von oder für Anarchist:innen gewählt, die feministisch aktiv sind. In den letzten Jahren haben wir bereits damit angefangen, das zu ändern und ihn mit mehr Bedeutung zu füllen. .

Dieser Aufgabe stellen wir uns weiterhin. Dabei wollen wir sowohl mit einer materialistischen² Perspektive darauf schauen, wie sich das Patriarchat heute auf uns auswirkt, als auch Erkenntnisse und Forderungen von queerfeministischen Kämpfen einfließen lassen und beides nicht in Abgrenzung zueinander sehen.

Anarchistischer Feminismus bedeutet für uns, Kämpfe zu führen, die das Patriarchat in seiner Funktionsweise und alltäglichen Ausprägungen angreifen, indem wir die verschiedenen Dimensionen dieses Systems, seien sie wirtschaftlicher, politischer, kultureller oder anderer Art, herausfordern. Das kann sowohl durch kollektive feministische Kämpfe geschehen, wie feministische Streiks oder “Reclaim the night”-Aktionen, aber auch durch feministische Interventionen in anderen Feldern, wie Arbeits- oder Mietkämpfen. Innerhalb unserer Organisation sehen wir die Notwendigkeit einer intensiven Beschäftigung mit Geschlechtersozialisation, einer autonomen Organisation von FLINTA*-Personen, des Aufbaus interner Awareness-Strukturen und des bewussten Umgangs mit sexualisierter Gewalt, Diskriminierungserfahrungen, Grenzverletzungen und emotionalen Problemen.

2.2. Strukturanalyse

Unsere Strukturanalyse zeigt auf, wie die Gesellschaft, in der wir heute leben, unserer Einschätzung nach funktioniert. Sie erklärt, wie verschiedene Formen von Ausbeutung und Unterdrückung funktionieren und wie sie miteinander zusammenhängen. Das zu untersuchen ist unumgänglich, weil wir so erst in der Lage sind, ein einheitliches Verständnis davon zu entwickeln, wogegen wir kämpfen. Weil wir hier bereits einige vorläufige Ergebnisse präsentieren können, findet ihr sie in einem eigenen Kapitel „Unsere Analyse: Über die Bedingungen, unter denen wir kämpfen“.

2.3. Gesellschaftsvision

Unsere Gesellschaftsvision beschreibt, für welche Gesellschaft wir als Alternative zum Bestehenden kämpfen. Wie eine solche zukünftige Gesellschaft nach den Prinzipien des anarchistischen Kommunismus aussehen wird, können wir nicht definitiv sagen. Wir glauben auch nicht, dass das Skizzieren einer Utopie bis ins letzte Detail im Hier und Jetzt sinnvoll ist. Schließlich kämpfen wir für eine Gesellschaft, die nicht schablonenartig von einer revolutionären Organisation gestaltet wird, sondern für eine, in der die Lohnabhängigen selbst entscheiden, wie genau sie Produktion, Reproduktion, Verteilung und ihr Zusammenleben gestalten.

Trotzdem halten wir es für wichtig, eine Idee davon zu entwickeln, wo wir grundsätzlich hinwollen, um eine Art Kompass zu haben, an dem wir uns orientieren können. Dieser soll uns auch helfen, unsere Vision für Menschen, die bisher nicht mit dem Anarchismus vertraut sind, verständlich zu machen.

Auf wirtschaftlicher Ebene wird die kapitalistische Produktionsweise mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Warenverteilung über den Markt überwunden sein. Bisheriges Privateigentum an Produktionsmitteln wird vergesellschaftet sein und unter der kollektiven Verwaltung der jeweiligen Beschäftigten und der gesamten Gesellschaft stehen. Die Produktionsmittel werden ge-

² Eine materialistische Analyse untersucht die Bedingungen der Produktion und Reproduktion einer Gesellschaft und wie sie das Denken und Handeln der Leute maßgeblich beeinflussen.

nutzt, um eine gemeinschaftliche, freiwillige und solidarische Produktionsweise zu entwickeln, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet. Miteinander kooperierende Betriebskollektive und Gemeinschaften werden gemeinsam Produktion und Verteilung planen. Dabei werden Produktions- und Verteilungspläne so lokal wie möglich organisiert werden. Bei manchen Fragen werden jedoch überregionale Verwaltungsstrukturen nötig sein. Viele Güter werden in ausreichendem Maße vorhanden sein, da die Produktion nicht mehr durch Marktgesetze gelenkt wird. Bei nur beschränkt verfügbaren Gütern, wird es dagegen notwendig sein, ihre Verteilung genauer zu regeln. Wer wie viel bekommt, wird nicht von der erbrachten Arbeitsleistung abhängig sein, sondern von den jeweiligen Bedürfnissen.

Statt jeden Tag mit der immer gleichen (Lohn-)Arbeit zu verbringen, werden Menschen verschiedenen Arbeiten nachgehen können. Die Trennung von produktiver und reproduktiver sowie Hand- und Kopfarbeit wird aufgehoben und die jeweiligen Aufgaben auf die gesamte Gesellschaft verteilt sein. Daraus ergibt sich, dass die Sorgearbeit – in unserer heutigen Gesellschaft häufig abgewertet und überwiegend von FLINTA*-Personen geleistet – kollektiv und unabhängig vom Geschlecht neu strukturiert sein wird.

So werden auch die unangenehmen, aber notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben unter Berücksichtigung unterschiedlicher Leistungsfähigkeit auf viele verschiedene und sich abwechselnde Schultern verteilt sein, anstatt sie einzelnen Teilen der Gesellschaft aufzuzwingen. Einige Tätigkeiten werden sich künftig durch technische Innovationen automatisieren lassen – vorausgesetzt Forschung und Entwicklung richten ihre Aufmerksamkeit und ihr Potenzial auf Lösungen, die das Leben aller Menschen nachhaltig vereinfachen.

Andere Aufgaben werden nicht mehr nötig sein, weil sie nur in einer kapitalistischen Gesellschaft einen Zweck erfüllen, zum Beispiel Werbetexter:innen. Durch den Wegfall von gesellschaftlich unnötigen Aufgaben und die Verteilung der verbleibenden Aufgaben auf viel mehr Menschen werden mit großer Wahrscheinlichkeit alle Menschen weit mehr Freizeit haben als heute. Außerdem wird es erst durch die Abkehr vom kapitalistischen Verwertungs- und Wachstumszwang möglich sein, die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu beenden und eine Perspektive zu entwickeln, wie unsere Gesellschaften innerhalb ökologischer Grenzen agieren können.

Das gesellschaftliche Zusammenleben wird auf Selbstverwaltung und Föderalismus aufbauen, die die bisherigen Formen herrschaftsförmiger Politik ersetzen werden. Einheiten auf kleinster Ebene wie dem Wohnhaus, der Nachbar:innenschaft oder der Straße werden sich in Räten verbinden, um Entscheidungen auf den Ebenen Stadtteil, Stadt, Region, Kontinent und der gesamten Erde treffen zu können. Grundvoraussetzungen dafür sind klare Zuständigkeiten und Regelungen der einzelnen Strukturen. Diese müssen transparent, nachvollziehbar und stets kritisierbar sein. Delegierte müssen an die Entscheidungen der Strukturen, die sie entsendet haben gebunden und jederzeit abberufbar sein. Viele Entscheidungen, die andere Regionen nicht direkt betreffen, können allerdings von lokalen Gemeinschaften selbst getroffen und umgesetzt werden.

Sowohl lokal als auch auf überregionaler Ebene wird es dabei eine wichtige Aufgabe sein, Methoden der Entscheidungsfindung zu entwickeln, die alle an möglichst vielen und vor allem den wichtigsten Prozessen teilhaben lassen und gleichzeitig Überlastung durch lange Diskussionen über De-

tails vermeiden. Auch wenn es notwendig ist, den Kampf gegen Patriarchat, Rassismus und andere Formen der Unterdrückung bereits heute zu führen, eröffnet erst das Ende von Kapitalismus und Staat die Möglichkeit, sie endgültig zu überwinden. Neben einem ideologischen Kampf gegen unterdrückerische Denkweisen Einzelner, der mit umfassender gesellschaftlicher Aufklärung geführt werden wird, ist dafür die Berücksichtigung der Bedürfnisse marginalisierter Bevölkerungsgruppen von entscheidender Bedeutung. Um diese zu gewährleisten, wird es breit angelegte autonome und selbstorganisierte Strukturen der jeweiligen Gruppen geben.

Um eine funktionierende anarchistische Gesellschaft zu schaffen, wird kollektive gegenseitige Hilfe und Solidarität unter den Menschen notwendig sein. Wir glauben, dass die gemeinsamen Erfahrungen des selbstorganisierten Kampfs für eine andere Gesellschaft und der realen Selbstbestimmung, die dieser Kampf hervorbringt, einen großen Teil der Bevölkerung davon überzeugen können, dass dies ein besseres Zusammenleben für alle ermöglicht.

2.4. Allgemeine Strategie

Unsere allgemeine Strategie legt dar, wie aus unserer Sicht eine freie Gesellschaft erkämpft werden kann. Ihr Zweck ist es, allen Teilen der Organisation eine gemeinsame Richtung zu geben, damit diese so effektiv wie möglich arbeiten können und nicht in Widerspruch zueinander stehen.

Im Mittelpunkt unserer Strategie steht unser revolutionärer Standpunkt. Die Überwindung der bestehenden Herrschaftsstrukturen und der Aufbau einer freien Gesellschaft ist grundsätzlich möglich, setzt aber den Bruch mit Kapitalismus, Staat und anderen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung voraus. Die Kapitalist:innen müssen enteignet und der Staat zerschlagen werden; zugleich müssen alle anderen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung bekämpft werden.

Grundsätzlich halten wir eine friedliche Revolution für erstrebenswert. Wir machen uns aber keine Illusionen, dass Staat und Kapital ihre Herrschaft freiwillig aufgeben werden. Stattdessen werden sie jeden Appell ignorieren und jeden ernsthaften Versuch revolutionärer Erhebung mit brutaler Gewalt beantworten. Schon heute wenden sie ein breites Repertoire an Repressionsmaßnahmen gegen gesellschaftliche Proteste und revolutionäre Kräfte an. Der einzige Weg, die Herrschaft von Staat und Kapital zu stürzen, ist daher der langfristige Aufbau von Gegenmacht beziehungsweise Macht von unten.

Als anarchistische Kommunist:innen differenzieren wir grundsätzlich zwischen Herrschaft und Macht: Herrschaft meint die systematische, verstetigte Ausübung von Kontrolle und Zwang durch eine bestimmte Gruppe oder Klasse über eine andere, und hat immer auch das Interesse, sich langfristig selbst zu erhalten. Macht dagegen bedeutet die Fähigkeit von Individuen oder gesellschaftlichen Gruppen und Klassen, sich selbst zu organisieren und die eigenen Interessen durchzusetzen. Eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft setzt daher den Aufbau von Macht der Ausgebeuteten und Unterdrückten voraus. Diese entsteht dort, wo sich Menschen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung zusammenschließen und zur Wehr setzen: am Arbeitsplatz und in Gewerkschaften, in der Nachbar:innenschaft und in Stadtteilorganisationen, in Schüler:innengewerkschaften und Hochschulgruppen, in feministischen, antirassistischen, ökologischen, internationalistischen und antifaschistischen Kollektiven. Aber nur wenn diese Kämpfe und Bewegungen von breiten Teilen der

2. Unser Ansatz: Die anarchistische politische Organisation

lohnabhängigen Klasse aktiv mitgetragen werden und sich mit der Zeit revolutionäre Standpunkte und Kampfformen aneignen, sind sie in der Lage, genug Macht zu entwickeln, um das herrschende System zu stürzen.

Um den Aufbau von Gegenmacht zu unterstützen, müssen sich die Anarchist:innen Seite an Seite mit ihren Kolleg:innen, Nachbar:innen, Mitschüler:innen und Mitstudierenden an bestehenden Kämpfen beteiligen und diese stärken beziehungsweise Kämpfe dort entfachen, wo sie noch nicht existieren. Das nennen wir soziale Einfügung und das ist der Kern unserer Praxis. In den Kämpfen und Bewegungen versuchen wir, anarchistische Werte und Prinzipien zu verbreiten. Dazu gehören die Gleichheit und Gleichberechtigung in allen Prozessen, Solidarität und gegenseitige Hilfe, Klassenbewusstsein, Selbstverwaltung, Übereinstimmung der Mittel und Ziele sowie eine sozialrevolutionäre Perspektive. Anders als manche autoritärkommunistische Organisationen wollen wir dabei keine Bewegungen unterwandern oder kontrollieren. Als Menschen, die selbst in unterschiedlichen Formen von miesen Löhnen, hohen Mieten, Sexismus, Queerfeindlichkeit und Rassismus betroffen sind, beteiligen wir uns auf Augenhöhe und mit Zuverlässigkeit an Diskussionen und Aktionen, die darauf abzielen, unsere eigenen Lebensumstände und die unserer Mitmenschen zu verbessern. Wir versuchen dabei, mit dem Wissen aus unserer Organisation Ratschläge zu geben und sind uns gleichzeitig bewusst, dass wir selbst viel von unseren Mitkämpfenden lernen können. Für uns ist zentral, dass Kämpfe in erster Linie durch die Betroffenen geführt werden und nicht durch einige politische Aktivist:innen. Bewegungen müssen grundsätzlich autonom von autoritären Kräften und den Institutionen der Herrschaft agieren und wir Anarchist:innen müssen diese Autonomie verteidigen.

Auch wenn wir den Reformismus zurückweisen, lehnen wir den Kampf um einzelne Reformen nicht ab. Stattdessen ist der Kampf für konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen absolut sinnvoll und notwendig. Es muss jedoch darum gehen, Kämpfe um einzelne Reformen so zu führen, dass sie im Falle des Scheiterns oder der Erfüllung einer Reformforderung nicht zusammenbrechen, sondern die Ausgangsbedingungen für weitere Kämpfe verbessern. Wenn ein Kampf um Reformen so zum Teil des revolutionären Kampfes wird, kann er zum Aufbau von Gegenmacht beitragen. Denn sowohl Erfolg im kollektiven Kampf, als auch das Erleben von Scheitern an Herrschaftsstrukturen können zur Entwicklung eines revolutionären Bewusstseins beitragen.

Wenn Bewegungen Macht aufbauen, eignen sie sich immer wirkungsvollere Arten der Konfrontation und der Organisierung an. Die Fähigkeit und das Selbstbewusstsein, Kämpfe zu führen, neue Beziehungen zu entwickeln und Organisierung aufzubauen, verbreitet sich. Weil keine Bewegung alleine in der Lage ist, die Herrschenden zu stürzen, ist es essentiell, dass verschiedene Bewegungen sich langfristig miteinander verbinden, um eine breite Front gegen das System aufzubauen und es auf allen Ebenen zu bekämpfen.

Wenn wir als politisch bewusste, aktive Kraft dauerhaft, zuverlässig und effektiv auf Augenhöhe arbeiten, zuhören, lernen und die Beziehungen zueinander stärken, kommen wir in den Kämpfen in einen Austausch über Sichtweisen und reflektieren gemeinsam über unsere Erfahrungen. Hier können wir eine revolutionäre Perspektive sichtbar machen. Gleichzeitig werden wir oft auch nicht in der Lage sein, unseren Ansichten maßgebliche Bedeutung zu verschaffen. Doch bieten langfristige

Zusammenarbeit, solidarische Beziehungen, gegenseitiger Respekt und Vertrauen zwischen uns und den Menschen, mit denen wir uns zusammen organisieren, die besten Möglichkeiten dafür.

Das Hauptaugenmerk unserer Arbeit liegt auf gesellschaftlichen Kämpfen. Dennoch wollen wir auch in die anarchistische und breitere linksradikale Bewegung hineinwirken. Unser Ziel ist, uns hier in Debatten kollektiv einzumischen und diese voran zu bringen. Außerdem leisten wir Bildungsarbeit durch Lesekreise, Vorträge und Diskussionsrunden. Aktuell stellen wir uns die Frage, wie diese Bildungsarbeit systematisiert und damit effektiver gestaltet werden kann.

2.5. Funktionsweise der Föderation

Unsere Organisation hat eine klare innere Struktur und feste Vereinbarungen, nach denen wir arbeiten, diskutieren und Entscheidungen treffen. Als Föderation bestehen wir aus grundsätzlich eigenständigen Lokalgruppen, welche in einzelnen Städten oder Regionen aktiv sind und dort ihre politische Arbeit organisieren. Einzelmitglieder, die noch keiner Lokalgruppe angehören, treffen sich in der Überregionalen Gruppe zum Austausch und zur Koordinierung ihrer lokalen Aktivitäten. Die Lokalgruppen und damit die gesamte Föderation sind basisdemokratisch organisiert. Zusätzlich gibt es Mandate für spezifische Aufgabenbereiche. Das ermöglicht die notwendige Spezialisierung und Handlungsfähigkeit. Neumandatierte werden in ihre Aufgaben eingearbeitet und insgesamt versuchen wir, Aufgaben möglichst in Rotation zu vergeben, sodass sich Wissen in der Organisation verbreitet statt sich nur bei Einzelnen anzusammeln. Alle Mandatierten sind gegenüber der Föderation rechenschaftspflichtig, das heißt sie arbeiten transparent, sind offen für Kritik und können im Extremfall jederzeit abberufen werden.

Wer der Föderation beitreten möchte, durchläuft einen Aufnahmeprozess, bei dem wir unter anderem anhand dieses Dokuments darüber sprechen, ob wir zusammenpassen. Dieser Prozess sorgt für die Aufrechterhaltung der inneren Einheit, indem wir abstecken können, ob die allgemeine Idee und Strategie der Organisation geteilt wird. Auch hier gilt: Keine Einigkeit in allen Fragen, sondern in den grundsätzlichen. Ob diese gegeben ist, wollen wir durch offene und auch gerne kritische Diskussion herausfinden, nicht durch das stumpfe Abprüfen von Inhalten unseres Programms.

2.6. Organisationskultur

Um eine revolutionäre Organisation aufrechtzuerhalten, ist ein hohes Maß an Verantwortung aller Mitglieder für die Organisation, die Genoss:innen und die politische Arbeit unerlässlich. Wir wollen dabei nicht kapitalistischen Leistungsdruck reproduzieren, sondern eine konsequente Freiwilligkeit erlernen. Das bedeutet auch, frühzeitig zurückzumelden, falls Aufgaben doch nicht umgesetzt werden können. Uns ist dabei klar, dass wir selbst keine perfekten Revolutionär:innen sind. Auch wir müssen weiter lernen, offen und ehrlich miteinander sowie mit unseren Schwächen umzugehen und unsere Kapazitäten richtig einzuschätzen, sodass wir nur übernehmen, was wir auch leisten können. Wir glauben aber trotzdem, dass es wichtig ist, dass wir gemeinsam, mit Fehlerfreundlichkeit und einem offenen Umgang mit Problemen unseren Ansprüchen schrittweise näher kommen. Dafür versuchen wir eine Kritik- und Selbstkritikkultur zu entwickeln und das gegenseitige Vertrauen ineinander zu stärken. Außerdem versuchen wir Transparenz bei Verantwortlichkeiten herzustellen, um

informelle Machtpositionen erkennbar zu machen und eindeutige Aufgabenfelder festzulegen. Teil dessen sind auch Fristen für Anträge und Anleitungen für bestimmte Aufgaben, sowie Mindeststandards bei diesen, welche wir in internen Richtlinien festschreiben.

2.7. An Problemen arbeiten

Wir haben uns große Ziele gesetzt und arbeiten darauf hin, sie umzusetzen. Dabei haben sich in den letzten Jahren viele Schwierigkeiten gezeigt. Unsere politische Sozialisierung in der anarchistischen und breiteren linksradikalen Bewegung mit den im ersten Abschnitt dieses Dokuments beschriebenen Problemen, konnten wir dabei nicht ohne weiteres überwinden. Stattdessen haben wir sie immer wieder reproduziert. Auch die Frage, wie wir damit umgehen, dass einzelne Genoss:innen unterschiedlich stark aktiv sein können und damit die Organisation stärker oder schwächer prägen, ist offen. Denn es sollte möglich sein, dass verschiedene Niveaus von Aktivität innerhalb der Organisation miteinander vereinbar sind. Dazu gehört auch, wie wir passende Strukturen für verschiedene Lebensrealitäten schaffen.

Eine Auseinandersetzung mit patriarchaler Sozialisierung und Dynamiken findet in unserer Organisation im Rahmen lokaler Runden für Organisierte Männlichkeitskritik statt, welche verpflichtend für alle cis männlichen Genossen und offen für alle sind.

Ein föderationsweites kollektives Bildungsprogramm für alle Mitglieder sehen wir als wichtig an, um die Teilhabe aller an Entscheidungsprozessen und die innere Einheit der Organisation zu sichern. Die Entwicklung eines solchen Programms ist ein andauernder Prozess.

Wir haben auch den Anspruch, regelmäßig in Diskussionen und Veröffentlichungen die jeweils aktuelle Situation zu analysieren und daraus Handlungsempfehlungen für die kurzfristige Strategie abzuleiten. Derzeit kommen wir dem aufgrund anderer inhaltlicher Baustellen nicht nach.

Noch gibt es also viel zu tun. Mit dem bisherigen Fortschritt unserer Organisation glauben wir aber, eine Basis geschaffen zu haben, um gemeinsame Lösungen für die genannten Probleme zu finden und in den kommenden Jahren unsere Organisation wie auch unsere gesamte Strömung im deutschsprachigen Raum voranzubringen.

3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen

Eine möglichst präzise Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen wir leben und kämpfen, halten wir für unbedingt notwendig. Nur davon ausgehend können wir eine gemeinsame Strategie für eine revolutionäre Veränderung ausarbeiten. In unserem Diskussionsprozess um das Programm der Plattform werden wir deshalb eine ausführlichere Analyse der herrschenden Gesellschaftsordnung erarbeiten und offene inhaltliche Fragen klären. Bis dahin dient uns die in diesem Abschnitt skizzenhaft formulierte Analyse als Orientierung.

3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen

Die Gesellschaft, in der wir heute leben, ist durchzogen von verschiedenen Herrschaftsstrukturen. Wir halten es für wichtig, die spezifischen Funktionsweisen dieser Strukturen zu analysieren, was wir in diesem Abschnitt in Unterkapiteln tun. Gleichzeitig betonen wir, dass sie miteinander untrennbar verbunden sind, sie nur zusammen vollumfänglich verstanden und auch nur in einem gemeinsamen Kampf überwunden werden können.

Im Fokus unserer Betrachtungen steht die spezifisch deutsche Gesellschaftsordnung, da sie es ist, die maßgeblich unsere Lebens- und Kampfbedingungen bestimmt. Da die analysierten Herrschaftsstrukturen aber global sind, weiten wir unseren Blick immer wieder auch auf den europäischen und weltweiten Kontext.

3.1. Kapitalismus

Der Kapitalismus ist die heute weltweit vorherrschende Gesellschaftsformation. Er zeichnet sich durch das Privateigentum an den Mitteln zur Produktion und Reproduktion (Fabriken, Anlagen, Maschinen, Rohstoffe, Land, Wohnraum, Wissen), durch Lohnarbeit und durch die profitorientierte Produktion für den Markt aus.

Diese Merkmale bringen eine Klassengesellschaft hervor, deren Gestalt sich von anderen, der Entstehung des Kapitalismus vorausgegangenen Klassengesellschaften, unterscheidet.

Im Kapitalismus ist der absolute Großteil der Produktions- und Reproduktionsmittel in der Hand eines kleinen Teils der Bevölkerung konzentriert – der kapitalistischen Klasse. Weil sie die Ressourcen kontrollieren, von denen die gesamte Gesellschaft abhängig ist, verfügen die Kapitalist:innen über eine enorme gesellschaftliche Macht.

Diese Macht erstreckt sich vor allem auf die Leben derer, die nicht über Produktionsmittel verfügen. Sie machen die große Mehrheit der Gesellschaft aus, die gezwungen ist, für Lohn ihre Arbeitskraft an eine:n Kapitalist:in zu verkaufen – die lohnabhängige oder arbeitende Klasse. Mit ihrem Lohn können die Lohnabhängigen je nach Höhe des Lohns und der Preisentwicklung einen Teil der von ihnen benötigten Waren, wie Essen, Kleidung oder Wohnraum auf dem Markt kaufen. Was ihnen ausgezahlt wird, ist jedoch nur ein kleiner Teil dessen, was sie durch ihre Arbeit an Wert (Güter, Dienstleistungen) produzieren. Der Mehrwert, welcher sich aus der Differenz des Wertes der Ware, der Kosten der notwendigen Arbeit und der Kosten der Produktionsmittel berechnet, wandert in die Taschen der Kapitalist:innen.

Damit die existierenden Lohnarbeiter:innen Tag für Tag weiter ihre Arbeitskraft verkaufen können und damit neue Arbeiter:innen die Reihen auffüllen können, muss die Arbeitskraft ständig reproduziert werden. Die dafür benötigten Tätigkeiten wie Kochen, Putzen, emotionale Fürsorge und Kindererziehung werden in dieser patriarchal und rassistisch geordneten Gesellschaft vor allem von weiblich sozialisierten und rassifizierten Menschen übernommen.

Dass Menschen, lohnabhängig sind und somit der lohnabhängigen Klasse angehören, zeigt sich weder automatisch in ihrem Auftreten noch in einer klaren Zuordnung zu einem bestimmten sozialen Umfeld. Ebenso wenig treten sie automatisch gemeinsam als Klasse mit gemeinsamem Ziel auf. Denn innerhalb der lohnabhängigen Klasse gibt es große wirtschaftliche Unterschiede und neben

3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen

der Lohnarbeit beeinflussen viele weitere gesellschaftliche Strukturen unser Leben. Das führt dazu, dass sich die Lebensrealitäten von Menschen, die lohnabhängig arbeiten, teilweise stark voneinander unterscheiden.

Trotz dieser Unterschiede gilt: kein Mensch, keine Gruppe, kaum ein Aspekt unseres Lebens ist nicht von unserer Klassenlage geprägt. Hinter all den verschiedenen Erfahrungen, die Menschen in lohnabhängigen Verhältnissen machen, steht ein gemeinsamer Kern – die Abhängigkeit vom Lohn und die damit verbundene Ausbeutung im Kapitalismus.

Dem Kapitalismus zugrunde liegen Profitstreben und Konkurrenzkampf. Der Mehrwert, den die Kapitalist:innen aus der Ausbeutung der Arbeitskraft einstreichen, wird deshalb von diesen zu einem Großteil reinvestiert, um noch mehr Profit anzuhäufen. Das machen die Kapitalist:innen nicht einfach, weil sie gierig sind. Sie sind darauf angewiesen, weil sie sonst im Wettbewerb mit den anderen Kapitalist:innen, mit denen sie auf dem Markt um den Verkauf ihrer Güter und Dienstleistungen konkurrieren, auf der Strecke bleiben. Zu diesem Zweck versuchen Kapitalist:innen ständig, die Kosten für die Produktion ihrer Güter und Dienstleistungen zu senken.

Das kann unter anderem passieren durch die Senkung von Löhnen oder Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz, durch die Ersetzung von Arbeiter:innen durch Maschinen, durch das Umgehen von Umweltschutzmaßnahmen oder durch die Verlagerung der Produktion in Länder mit geringeren Lohnkosten. Profite können außerdem gesteigert werden, indem immer mehr Bereiche unseres Lebens in Waren verwandelt werden – zum Beispiel unsere Gesundheit.

All das zeigt: Es existiert ein grundlegender Interessenwiderspruch zwischen den Klassen. Kapitalist:innen und Gewerkschaftsführungen sind zwar im Sinne einer angeblichen „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeit und Kapital stets darum bemüht, das Gegenteil zu suggerieren. Doch Kapitalist:innen wollen und müssen ihre Gewinne steigern und folglich niedrigere Löhne auszahlen. Lohnabhängige haben dagegen ein existenzielles Interesse an steigenden Löhnen. Wie schon am Beispiel der Kapitalist:innen gezeigt wurde, sind die Interessen innerhalb einer Klasse nicht stets einheitlich. Auch Lohnabhängige stehen miteinander in Konkurrenz, etwa bei der Suche nach Arbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Bedürfnisbefriedigung der Menschen und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage treten im Kapitalismus hinter der Profitmaximierung zurück. Die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise sind dementsprechend weitverbreitete Armut, Umweltzerstörung und Kriege um Ressourcenverteilung. Einen Kapitalismus ohne diese Erscheinungen kann es nicht geben.

Die grundlegenden Elemente dieser Analyse wurden schon vor über 150 Jahren entwickelt. Seitdem hat sich der Kapitalismus in vielerlei Hinsicht verändert. So hat sich beispielsweise ein großer Teil der industriellen Produktion von den Ländern des globalen Nordens in den globalen Süden verlagert. Eine Auseinandersetzung mit den Veränderungen und der heutigen Beschaffenheit des Kapitalismus ist dringend notwendig. Hinzu kommt: Heute wie damals können manche Darstellungen die komplexe Realität nicht vollumfänglich abbilden. So gibt es im Kapitalismus eben nicht ausschließlich zwei sich gegenüberstehende Klassen und es ist sinnvoll, sich damit genauer zu befassen. Den-

noch erachten wir im Allgemeinen die hier dargestellten Verhältnisse als weiterhin zutreffend und als Orientierung für hilfreich.

3.2. Staat

Der Staat bildet den politischen Rahmen für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Er organisiert das Zusammenleben der Menschen so, dass diese Produktionsweise fortbestehen und florieren kann. Jeder Staat reklamiert dabei einen geografisch abgegrenzten Teil der Erdoberfläche als sein Staatsterritorium und bestimmte Menschen als sein Staatsvolk. Um die herrschende Gesellschaftsordnung auf diesem Gebiet aufrechterhalten zu können, beansprucht der jeweilige Staat das Monopol auf die Ausübung von Gewalt und setzt dieses praktisch durch.

Für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise erfüllt der so strukturierte Staat drei entscheidende Aufgaben: Erstens greift er regulierend in den kapitalistischen Wettbewerb ein, zum Beispiel indem er bestimmte Sektoren subventioniert und gegen Kartellbildungen vorgeht. Dabei agiert der Staat immer wieder objektiv gegen die Interessen einzelner Kapitalist:innen und Kapitalfraktionen. Durch festgelegte Mindestlöhne und ein komplexes Netz aus verschiedenen staatlichen Leistungen, dem sogenannten Sozialstaat, nimmt er sich sogar explizit den – in diesem System nicht lösbaren – Problemen der Lohnabhängigen an. Der Grund dafür ist nicht, dass der Staat ein Wohltäter ist. Ein großer Teil seiner Aufgabe ist schlicht, in seinem Territorium langfristig optimale Bedingungen für die Entwicklung der gesamten nationalen kapitalistischen Wirtschaft zu schaffen, weil er durch diese seinen Haushalt finanziert. Die Monopolstellung einzelner Kartelle oder die totale Verelendung von Teilen der Lohnabhängigen würde die Gesamtentwicklung der nationalen Wirtschaft langfristig hemmen, zum Beispiel aufgrund von ausbleibendem Wettbewerb und sinkendem Konsum.

Der Staat wird nicht von Kapitalist:innen gesteuert. Er steht über dem Interesse der einzelnen Kapitalist:innen und verfolgt sein eigenes Ziel, den nationalen Erfolg, auch wenn gewisse Überschneidungen der Interessen und Lebensrealitäten von Politiker:innen und Kapitalist:innen sowie eine Einflussnahme durch letztere bestehen. Damit er handlungsfähig ist, braucht er Steuern, welche unmittelbar vom Erfolg der nationalen Wirtschaft abhängen. Ebenso hängen beispielsweise seine Verteidigungsfähigkeit, das Durchsetzen der eigenen nationalen Interessen im Ausland sowie die Aufrechterhaltung der inneren „Ordnung“ von einer florierenden Wirtschaft ab.

Zweitens erschließt der Staat neue Märkte und schafft dadurch zusätzliche Möglichkeiten für Handel und Kapitalakkumulation³. Diese Aufgabe übernimmt er, indem er durch seine Gesetzgebung bestimmte Güter oder Dienstleistungen als handelbare Waren definiert, die zuvor nicht über den Markt organisiert waren. Ein Beispiel dafür ist die Bologna-Reform, die Bildung noch mehr zur Ware gemacht und neue Märkte für private Bildungsanbieter geschaffen hat. Ähnliches passiert im Gesundheitswesen und mit der Infrastruktur.

Drittens garantiert der Staat das Privateigentum und damit die Ausbeutung der Lohnabhängigen. Das kann unmittelbar gewaltsam passieren, zum Beispiel in Form militärischer Aufstandsbekämpfung. Wie die meisten Staaten versucht der deutsche Staat aber, solche offenen Konfrontationen zu

3 Akkumulation bedeutet Anhäufen, Mehren.

vermeiden. Sein Ziel ist es, den unauflösbaren Gegensatz der Klasseninteressen zu befrieden, bevor sich aus diesem überhaupt relevanter Widerstand herausbildet. Er bedient sich zu diesem Zweck einer breiten Palette von Instrumenten, die die Lohnabhängigen einerseits unter Druck setzen und sie andererseits praktisch und ideologisch in die herrschende Ordnung einbinden sollen. Auf drei besonders relevante Instrumente wollen wir hier näher eingehen.

3.2.1. Parlamentarismus

Einer der zentralen Wege, über die der deutsche Staat versucht, die Lohnabhängigen in seine Ordnung einzubinden, ist die vorgegebene Möglichkeit, durch regelmäßige Wahlen die Geschicke der Gesellschaft mitzubestimmen. Das gilt für Wahlen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europäebene, genauso wie für Volksentscheide. Trotz der vom Staat propagierten Möglichkeit und sogar vermeintlich staatsbürgerlichen Verantwortung, durchs Wählen mitzubestimmen, erwarten viele Menschen in Deutschland keine wirkliche Veränderung mehr auf diesem Weg. Dennoch ist die Alternativlosigkeit parlamentarischer Politik im Bewusstsein vieler Menschen noch stark verankert. Die meisten emanzipatorischen gesellschaftlichen Bewegungen fordern immer noch vor allem Regierungswechsel. Dass der Parlamentarismus seine Versprechungen realer Mitbestimmung nicht einhalten kann, ist naheliegend. Zentrale Fragen wie die Aufhebung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse, Bewegungsfreiheit und eine andere Organisation der Gesellschaft stehen im Parlament überhaupt nicht zur Debatte. Stattdessen verhandeln die Parteien darüber, wie genau Ausbeutung und Unterdrückung aussehen sollen. Alle Versuche, durch das Parlament Verbesserungen für die lohnabhängige Klasse zu erreichen, unterliegen den Rahmenbedingungen der herrschenden Ordnung und müssen sich ihnen fügen. Auch kleinere Verbesserungen für die lohnabhängige Klasse, die den Kapitalinteressen konträr gegenüber stehen, haben daher nur sehr begrenzte Aussichten auf Erfolg. Wenn, dann können sie am ehesten durch starken Druck von unten, außerhalb des Parlaments durchgesetzt werden. Umfassende Verbesserungen sind grundsätzlich zum Scheitern verurteilt. Auch der Aufstieg der Rechten wird im Parlament nicht aufgehalten. Zwar rufen Politiker:innen vor den Wahlen dazu auf, eine "Brandmauer" gegen Rechts zu wählen, setzen selber aber bereits die rassistischen Forderungen der AfD durch, fördern ein nationales "Wir" und überziehen entschlossenen antifaschistischen Widerstand mit Repression.

3.2.2. Bildungssystem

Ein weiteres zentrales Instrument der Einbindung in die herrschende Ordnung ist das Bildungssystem. Es erfüllt gleich mehrere wichtige Funktionen für den Staat. Grundsätzlich wird in Kindergärten, Schulen und Universitäten die nächste Generation an Arbeitskräften herangezogen. Hier bekommen sie das Wissen und die praktischen Fähigkeiten mit auf den Weg, um ihre Arbeitskraft einmal nutzbringend verkaufen zu können. Wer wie viel und welches Wissen und Fähigkeiten bekommt, überlässt der Staat dabei nicht dem Zufall. Die verschiedenen Schultypen sind gezielt so ausgerichtet, für unterschiedliche Sektoren der deutschen Wirtschaft Arbeiter:innen zu produzieren. In Hauptschulen und Realschulen werden Kinder für solche Jobs ausgebildet, die vor allem praktische Fähigkeiten benötigen. Auf dem Gymnasium und in der meist darauf folgenden Universität wird vor allem Wissen beigebracht, das für die Aufnahme leitender Positionen oder stark speziali-

sierter Arbeiten benötigt wird. Die kapitalistische Klasse schickt ihre Kinder derweil oft auf Privatschulen, um ihnen eine besonders gute Bildung zu ermöglichen, die im überlasteten staatlichen Bildungssystem selten auffindbar ist. Unabhängig vom Schultyp erfüllt das Bildungssystem zwei weitere Funktionen: Es gewöhnt Schüler:innen an das Konkurrenzdenken, um sich auf dem Markt gut gegen andere durchzusetzen, anstatt sich zusammenzuschließen und für bessere Bedingungen zu kämpfen. Im gesamten Bildungssystem lernen wir zudem, die bestehende Gesellschaftsordnung als grundsätzlich richtig und schützenswert zu akzeptieren und ihre Werte zu verinnerlichen.

3.2.3. Repression

Repression findet auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen statt. Formen von Repression unterscheiden sich nach ihrem Zweck und damit nach dem Teil der lohnabhängigen Klasse, auf die sie abzielen. Als erste Ebene der Repression kann eine niedrigschwellige alltägliche soziale Kontrolle der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung identifiziert werden. Ihr Zweck ist die Disziplinierung der Lohnabhängigen im Sinne der staatlichen Gesetze. Durchgesetzt wird sie durch Überwachung des öffentlichen Raums, anlasslose Polizeieinsätze in Arbeiter:innenvierteln und die penible juristische Bestrafung kleinster "Vergehen". In den letzten Jahren hat die Durchsetzung der sozialen Kontrolle im Zuge der Verbesserung technologischer Möglichkeiten (zum Beispiel hochauflösende Kameras, künstliche Intelligenz) und durch die Rechtfertigung, die Corona-Pandemie und Terrorismus boten, massiv zugenommen. Zur allgemeinen sozialen Kontrolle hinzu kommt die spezifische Repression der (in den Augen des Staates) arbeitsfähigen aber nicht erwerbstätigen Lohnabhängigen im Sinne kapitalistischer Profitmaximierung. Das System Bürgergeld zwingt Erwerbslose durch Schikane und Druck dazu, besonders prekäre Jobs anzunehmen, für die sich kaum noch jemand anderes finden lässt. Gleichzeitig dient die Perspektive der staatlich organisierten Verelendung bei Erwerbslosigkeit dazu, dass prekär Beschäftigte nicht gegen ihre Arbeitsbedingungen aufbegehren und damit riskieren, gefeuert zu werden. Spezifische Repression übt der Staat auch über das Asylsystem, Abtreibungsregularien und die gesetzlichen Regelungen zu Partner:innenschaften aus. Er versucht die Kontrolle darüber zu behalten, wie sich Zusammensetzung und Größe seiner Bevölkerung entwickeln. Neben all dem findet auch eine Repression gegen Lohnabhängige statt, die sich für ihre Interessen einsetzen. Demonstrationen finden unter ständiger Polizeibegleitung statt, werden mit Auflagen überzogen und immer wieder direkt angegriffen. Es finden juristische Angriffe auf das ohnehin schon repressive Streikrecht statt. Besonders revolutionäre Gruppen sind im Fadenkreuz der Repression, werden geheimdienstlich durchleuchtet und auch mit Haftstrafen überzogen. Präventiv will der Staat jegliche Möglichkeiten einer revolutionären Massenbewegung ersticken.

Das staatlich organisierte, doppelte Spiel von repressiven und integrativen Maßnahmen wird ergänzt durch zahlreiche Faktoren, die nicht dem Staat zuzuordnen sind, aber ebenso den Widerstand gegen das System lähmen. Dazu gehört die voranschreitende Auflösung kollektiver gesellschaftlicher Beziehungen und Kultur, ebenso wie ein umfassendes Angebot an Konsummöglichkeiten – Waren, Dienstleistungen, Drogen und so weiter –, mit denen sich die Lohnabhängigen vom Elend des kapitalistischen Alltags ablenken können. Auch die Aufrechterhaltung hoher Lohnarbeitszeiten trägt dazu bei, da sie Räume kollektiver Organisation einschränken. Das Prinzip der „Sozialpart-

nerschaft“ bindet die Gewerkschaften direkt in den Herrschaftsapparat ein. Hinzu kommt die umfassende Propaganda der Alternativlosigkeit der herrschenden Ordnung in den bürgerlichen Medien.

3.2.4. Abgrenzung zum „Staatssozialismus“

Als antistaatliche Sozialist:innen lehnen wir die Idee eines "sozialistischen Staats" ab, weil wir unter Sozialismus die Selbstverwaltung der Arbeiter:innen verstehen. Ein Staat kann nicht sozialistisch sein. Auch unter staatlicher Verwaltung bleibt die Produktionsweise kapitalistisch: Der Staat tritt an die Stelle der einzelnen Kapitalist:innen, die arbeitende Klasse bleibt lohnabhängig und fremdbestimmt. Staatliche Kontrolle über die Produktionsmittel bedeutet nicht ihre Vergesellschaftung, sondern ihre Zentralisierung in einer neuen kapitalistischen Klasse der Bürokrat:innen. Des Weiteren dient das Staatsvolk weiterhin als reine Verfügungsmasse für den Staat, der sich zwangsläufig in Konkurrenz mit anderen Staaten befindet. In seinem eigenen Interesse versucht er, möglichst effizient zu wirtschaften und setzt deshalb sein Gewaltmonopol auch gegen die eigene Bevölkerung ein, um diese zu verwalten und zu disziplinieren. Ein "proletarischer Staat" ist somit ein Widerspruch in sich. Der Staat ist immer ein Instrument der Herrschaft – und Herrschaft schafft sich nicht mit der Zeit selbst ab.

3.3. Imperialismus

Imperialismus ist die wirtschaftliche, politische und militärische Einflussnahme von Staaten außerhalb ihres eigenen Territoriums. Eines ihrer Ziele darin ist es, ihrem nationalen Kapital optimale Chancen zur Profitgewinnung zu sichern.

Der Aufstieg des Kapitalismus ist stets eng mit imperialistischen Praktiken verknüpft gewesen und untrennbar mit dem Imperialismus verwoben. Denn um ihre Profite noch weiter zu maximieren, können kapitalistische Unternehmen ihr Handeln nicht auf den Rahmen des eigenen Nationalstaats beschränken. Sie müssen die natürlichen Ressourcen anderer Länder abschöpfen, sich die Arbeitskräfte dieser Länder zu Nutze machen, ihre Produkte in möglichst viele Länder der Welt verkaufen und zunehmend auch die Produktion in Erdteile mit günstigeren Produktionsbedingungen verlagern. Dabei befinden sich die Unternehmen in Konkurrenz zu anderen globalen und lokalen Konzernen. Die Nationalstaaten, in denen sie beheimatet sind, versuchen stets, den eigenen Konzernen in diesem Konkurrenzverhältnis die besten Bedingungen für Expansion und Profitgewinnung zu schaffen. Hierbei konkurrieren die Staaten wiederum untereinander. Um in dieser Konkurrenz die entscheidenden Vorteile zu erlangen, setzen Staaten ein breites Spektrum an Mitteln ein: Sie nehmen diplomatische Beziehungen auf, schließen Handelsabkommen ab, bauen mit Sanktionen wirtschaftlichen Druck auf, putschen unliebsame Regierungen weg, drohen mit Krieg, führen Krieg, besetzen oder annektieren erobertes Gebiet oder verschleppen und versklaven die Bevölkerung.

Neben unmittelbaren wirtschaftlichen Motiven können dabei sowohl geostrategische als auch ideologische Interessen von Staaten eine Rolle spielen. Geostrategisch sind Einflussnahmen, wenn es einem Staat in erster Linie darum geht, seinen politischen und militärischen Einflussbereich in einer Region auszuweiten oder abzusichern. Ideologisch sind Einflussnahmen, wenn ihr primäres Ziel die Durchsetzung einer politischen Ideologie und der ihr zugeordneten Herrschaftsform in einer be-

stimmt Region ist (zum Beispiel liberale Demokratie, Islamismus, Faschismus). Klar ist, dass wirtschaftliche, geostrategische und ideologische Einflussnahmen üblicherweise nicht getrennt voneinander, sondern zusammen auftreten; also beispielsweise ein primär geostrategisch motivierter Krieg auch eine wirtschaftliche und ideologische Komponente hat. Während auf einer theoretischen Ebene alle Staaten die genannten Interessen haben und an der globalen Konkurrenz teilnehmen, gibt es real nur wenige Staaten, die so mächtig sind, dass sie ihre Interessen weltweit durchsetzen können. Neben der Riege der global konkurrierenden Staaten gibt es einige schwächere Staaten, die auf einer eingegrenzten regionalen Ebene imperialistisch agieren. Am Ende der imperialistischen Nahrungskette steht die größte Zahl der Staaten in der Welt: Sie haben kaum oder keinen Spielraum, über ihre eigenen Grenzen hinaus zu agieren und sind in unterschiedlicher Intensität von globalen oder regionalen imperialistischen Staaten abhängig oder sogar beherrscht. Um ihre jeweilige Ausgangslage zu verbessern, finden sich globale, regionale oder lokale Akteure in variierenden Bündnissen zusammen. Als anarchistische Föderation in Deutschland befinden wir uns in einem Schlüsselstaat des NATO- und EU-Imperialismus, der auf der ganzen Welt agiert. Gleichzeitig übt der deutsche Staat durch die EU Kontrolle über seine europäischen Nachbarstaaten aus. Von beiden Entwicklungen profitieren materiell auch Teile der lohnabhängigen Bevölkerung in Deutschland, die auf diese Weise in das politische Projekt der hiesigen herrschenden Klasse eingebunden werden.

Wir halten eine genauere Auseinandersetzung damit, wie die aktuellen Auseinandersetzungen verschiedener imperialistischer Mächte die Welt verändern und noch verändern werden, für dringend notwendig. Das gilt insbesondere für die Frage, welche Position wir als Lohnabhängige in diesen Auseinandersetzungen einzunehmen haben. Auch die Beschäftigung mit der Geschichte und Realität antikolonialen Widerstands steht auf unserer Agenda.

3.4. Rassismus

Rassifizierte, also in der bestehenden Gesellschaft als nicht-weiß geltende Menschen, sind strukturell schlechter gestellt. Ihre spezifische Unterdrückung schlägt sich auf verschiedenste Arten nieder. In der Arbeitswelt befinden sich rassifizierte Menschen häufiger in prekären Verhältnissen: Geringe Löhne, gefährliche Überlastung und ein erhöhtes Risiko sogenannter Arbeitsunfälle sind hier an der Tagesordnung. Prekäre Arbeitsverhältnisse resultieren wiederum in prekären Wohnverhältnissen. Die stärker von rassifizierten Menschen bewohnten Stadtteile werden nicht nur kaputt gespart, sondern auch von der Polizei intensiver kontrolliert. Bei Polizeieinsätzen gegen rassifizierte Menschen setzen Polizist:innen häufiger und brutalere Gewalt ein, die regelmäßig in Todesfällen resultiert. Gewalt gegen sie wird dabei nicht nur vom Staat ausgeübt, sondern auch von Faschist:innen. Immer wieder kommt es zu Übergriffen auf den Straßen, aber auch zu organisierten faschistischen Terroranschlägen gegen rassifizierte Menschen. Jenseits der faschistischen Gewalt werden sie in verschiedensten Alltagssituationen – auf der Arbeit, an Schule oder Universität, beim Jobcenter – schlechter behandelt. Einer besonderen Prekarität sind rassifizierte Frauen ausgesetzt, da sie zumeist zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit leisten und durch ihre prekären Lebensumstände weniger Möglichkeiten haben, patriarchaler Gewalt zu entfliehen. Rassifizierten Queers wird ihre Existenz zumeist vollständig abgesprochen und wenn sie dies nicht hinnehmen, sind sie ebenfalls patriarchaler Gewalt ausgesetzt.

Die Ursprünge dieser Zustände liegen im Prozess der weltweiten Ausdehnung und Institutionalisierung ausbeuterischer, unterdrückerischer und genozidaler Praktiken des vorrangig europäischen Kolonialismus im 15. und 16. Jahrhundert. Kolonialismus und andere Formen des Imperialismus schufen einerseits die Ausgangsbedingungen für die strukturelle wirtschaftliche Schlechterstellung rassifizierter Menschen, in dem sie rassifizierte Bevölkerungen überall auf der Welt in Abhängigkeit führten und hielten. Andererseits entstand im Zuge dieser Epoche mit dem Rassismus eine Ideologie, die die geschaffenen Zustände legitimierte. Diese Ideologie, die von den Herrschenden intensiv propagiert wurde, ordnete die existierende Gesellschaft willkürlich entlang äußerer Merkmale von Menschen, klassischerweise ihrer Hautfarbe. Im Rahmen pseudowissenschaftlicher Betrachtungen wurden diese Merkmale mit mentalen und kulturellen Eigenschaften verknüpft. Dabei wurden weiße über rassifizierte Menschen gestellt.

Auch heute noch dient Rassismus den Herrschenden dazu, die weiterhin sichtbaren Folgen des Kolonialismus, die Fortsetzung einer imperialistischen staatlichen Agenda gegen rassifizierte Bevölkerungen und die strukturelle Schlechterstellung sowie politische Angriffe auf die Rechte und Lebensbedingungen rassifizierter Menschen in den imperialistischen Kernländern zu legitimieren. Rassismus ist jedoch mehr als nur ein Werkzeug der Herrschenden. Denn längst hat sich die rassistische Ideologie tief in der deutschen und anderen Gesellschaften – also auch in der lohnabhängigen Klasse – verankert und wird tagtäglich reproduziert. In seiner schärfsten Ausprägung dient Rassismus heute Faschist:innen als Motivation für ihre Gewalt gegen rassifizierte Menschen. Eine wachsende extrem rechte Bewegung propagiert ihn offen. Auch liberal eingestellte Menschen greifen seine Versatzstücke auf. Und selbst antirassistisch eingestellte Menschen zeigen durch ihre Sozialisierung in einer von Rassismus geordneten Gesellschaft unterbewusste rassistische Denkmuster und Verhaltensweisen. Die Propagierung von Rassismus durch die Herrschenden und seine – in der Intensität variierende – Reproduktion durch breite Teile der lohnabhängigen Klasse tragen wie kaum ein anderer Faktor zur Spaltung der Ausgebeuteten und Unterdrückten bei. Sie konstruieren eine angebliche Interesseneinheit zwischen weißen Kapitalist:innen und weißen Lohnabhängigen – das nationale „Wir“ – in Abgrenzung zu den Interessen rassifizierter Lohnabhängiger – die „Anderen“ oder die „Fremden“.

3.5. Patriarchat

Wenn in diesem Abschnitt statistische oder historische Aussagen über verschiedene Geschlechter getroffen werden, ist es schwierig, genau zu differenzieren, wann spezifisch Frauen und wann FLINTA*-Personen im Allgemeinen gemeint sind. In der Tendenz betreffen die meisten Aussagen über Frauen auch andere im Patriarchat unterdrückte Geschlechter (zum Beispiel trans Menschen, nicht-binäre Menschen, ...), darüber gibt es aber häufig keine Statistiken oder historische Belege. Die verschiedenen Menschen, die unter dem Begriff FLINTA* zusammengefasst werden, eint, dass sie im Vergleich zu cis Männern im Patriarchat benachteiligt und unterdrückt werden, aber auf teilweise sehr unterschiedliche Arten und Weisen, weshalb eine Zusammenfassung darunter immer auch Gefahren birgt. Manche Formen der Unterdrückung hängen eher von der Sozialisierung im Patriarchat ab, andere vom zugeschriebenem Geschlecht, wieder andere vom Geschlechtseintrag im

3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen

Ausweis oder vom persönlichen Auftreten. Eine ausführlichere Analyse müsste die unterschiedlichen Geschlechter jeweils einzeln analysieren.

Frauen sind in Deutschland und weltweit strukturell schlechter gestellt. Ihre spezifische Ausbeutung und Unterdrückung schlägt sich auf verschiedenste Arten nieder. Zwar hat sich der Anteil an Frauen, die erwerbstätig sind, in den letzten 70 Jahren erhöht und der von Männern übernommene Anteil an reproduktiver Arbeit in der Familie wächst. Doch die gesamtgesellschaftliche Tendenz ist noch immer die selbe: Frauen übernehmen den Großteil der unbezahlten reproduktiven Arbeit und erhalten weniger Gehalt in der Lohnarbeit. Sie sind dadurch weiterhin einer doppelten Ausbeutung (einerseits als Lohnabhängige und zusätzlich noch als Frauen) unterworfen. Das hat gravierende Konsequenzen: So leben Frauen überproportional häufig in Armut. Besonders groß ist das Ungleichgewicht im Alter, weil viele Frauen weniger in die Rentenkassen einzahlen können. Ihre Situation macht Frauen abhängig: von besonders miesen Arbeitsverhältnissen und ihren Chefs, von Erfolg in Schule und Universität und Männern in Machtpositionen, von romantischen Beziehungen und ihren meist männlichen Partnern. In all diesen Bereichen sind Frauen alltäglichem patriarchalem Machtmissbrauch und Gewalt ausgesetzt, denen sie nur schwer entfliehen können und die in Deutschland im Schnitt fast jeden Tag in einem Femizid (dem Mord an einer Frau, weil sie eine Frau ist) enden. In den allermeisten Fällen wird patriarchale Gewalt dabei durch das Umfeld gedeckt.

In den letzten Jahrhunderten hat sich ein bestimmtes Bild von Geschlecht in unserer Gesellschaft entwickelt. Seine Ursprünge liegen in den spezifischen materiellen Zuständen der Gesellschaft. Gleichzeitig wird es von vielen Menschen im Alltag unbewusst übernommen. Dieses Geschlechterbild ordnet Männer und Frauen bestimmte Eigenschaften zu - also was als typisch männlich oder typisch weiblich gilt. Es prägt bis heute, wie unsere Gesellschaft funktioniert.

Immer noch werden Geschlechternormen von Geburt an durch familiäre und staatliche Erziehung, mediale Darstellung und die vorherrschende gesellschaftliche Realität angelernt und verinnerlicht. Obwohl sich ihr genauer Inhalt wie auch das Geschlechterverhältnis im stetigen Wandel befindet, hat sich hier ebenfalls eine Tendenz erhalten: Männlichkeit wird mit Stärke, Selbstsicherheit, Intelligenz, Rationalität und der Ausübung von Macht und Gewalt verbunden. Diese Sozialisierung, die Männern den Glauben vermittelt, dass sie über weibliche Körper verfügen können, ist es, die den verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen zugrunde liegt. Weil die Gesellschaft von männlicher Dominanz geprägt ist, werden angeblich typisch männliche Eigenschaften für alle Menschen als Ideal dargestellt und Abweichungen davon systematisch abgewertet. Das gilt in geringerem Maße auch unter cis Männern, trifft aber hauptsächlich FLINTA*-Personen, also alle nicht cis männlichen Geschlechtsidentitäten. Weiblichkeit wird im Gegensatz zu Männlichkeit mit Eigenschaften wie Schwäche, Selbstzweifel, Naivität, Irrationalität und Emotionalität verbunden.

Die geschichtliche Herausbildung und die materiellen Grundlagen der heutigen Zustände werden in der herrschenden Erzählung über Geschlecht ausgeblendet. Die Existenz von Ausbeutung und Unterdrückung der Frau wird im vorherrschenden öffentlichen Diskurs zumeist geleugnet. Dabei wird teilweise sogar in Frage gestellt, ob Frauen überhaupt gesellschaftlich schlechter gestellt sind. In anderen Kreisen wird die Schlechterstellung anerkannt, aber auf individuelle Diskriminierung zurückgeführt. Stattdessen wird die gesellschaftliche Stellung der Frau als natürliches Ergebnis der

3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen

Evolution dargestellt, als Konsequenz aus ihren angeblich angeborenen Eigenschaften verklärt. Diese Ideologie bezeichnen wir als Sexismus.

Neben der Ausbeutung und Unterdrückung der Frau werden in der herrschenden Gesellschaft auch Lebensweisen und Geschlechtsidentitäten unterdrückt, die von der angeblich natürlichen, tatsächlich aber gesellschaftlich konstruierten Ordnung der zwei Geschlechter abweichen. Heteronormativität bezeichnet die Ideologie, die heterosexuelle Beziehungen zwischen einem Mann und einer Frau als gesellschaftliche Norm setzt. Die Existenz davon abweichender schwuler, lesbischer und bisexueller Orientierungen und Beziehungsformen wurde lange und wird oft noch immer geleugnet oder zwar anerkannt, aber als widernatürlich abgewertet. Die Folge ist Diskriminierung durch Gesetze, Medien und im Alltag. Den Betroffenen werden bestimmte Arbeitsplätze und Dienstleistungen verweigert, sie sind immer wieder verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Heteropatriarchale Unterdrückung ist eine anhaltende Gefahr für die freie Persönlichkeitsentwicklung und körperliche Unversehrtheit. Homo- und Bi-Feindlichkeit als Aspekte patriarchaler Ideologie tragen dazu bei, die Unterdrückung zu legitimieren. Und sie dienen vor allem cis Männer dazu, sich ihrer heterosexuellen Orientierung rückzuversichern.

Spätestens ab der Geburt wird Menschen aufgrund der vermuteten Gebärbefähigung eine Position im Machtverhältnis des Patriarchats zugewiesen – Mann oder Frau. Diese Position gilt dann als eindeutig, natürlich und unveränderlich.

Die Existenz davon abweichender und damit der Cisheteronormativität widersprechender Identitäten wird konsequent in Frage gestellt oder vollständig geleugnet. Allen Versuchen, die eigene Existenz dagegen durchzusetzen, wird in Politik, Medien und Alltag mit massiver Diskriminierung begegnet. Cisheteropatriarchale Unterdrückung stellt ebenfalls eine enorme Gefahr für die freie Persönlichkeitsentwicklung und körperliche Unversehrtheit der betroffenen trans, nicht-binären und agender Personen dar.

Transfeindlichkeit ist eine logische Folge des patriarchalen Systems, da Transgeschlechtlichkeit die vermeintliche Natürlichkeit und Unentrinnbarkeit der dominanten Geschlechterordnung in Frage stellt. Davon abweichende Identitäten werden als widernatürlich dargestellt und angegriffen. Dies dient cis Personen auch als Möglichkeit, ihre binäre Identität zu bestätigen.

Die Propagierung patriarchaler Ideologie durch die Herrschenden und ihre Reproduktion durch breite Teile der lohnabhängigen Klasse tragen ebenfalls massiv zur Spaltung der Lohnabhängigen bei.

3.6. Umweltzerstörung und Klimakrise

Die industrielle Revolution des Kapitalismus hat die Möglichkeit geschaffen, von Menschenhand die natürlichen Abläufe des Planeten global und dauerhaft grundlegend zu stören. Seit ihrer Entstehung beuten kapitalistische Konzerne nicht nur Lohnabhängige, sondern auch die Umwelt aus, um ihre Profite zu maximieren. Natürliche Ressourcen wie Mineralien, Erdöl und Erdgas und Holz werden dafür auf der ganzen Welt in riesigen Mengen abgebaut. Tierpopulationen werden mit großem Eifer gefangen, geschossen und gefischt. Die Auswirkungen auf lokale Ökosysteme sind gra-

3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen

vierend: Minen, die Mondlandschaften ähneln, Ölkatastrophen auf den Ozeanen, vergiftetes Grundwasser, gerodete Wälder, Artensterben und die Überschreitung planetarer Grenzen. Umweltzerstörung ist ebenso Nebenprodukt alltäglicher kapitalistischer Realität. Wälder werden gebrandrodet, um Platz für Ackerland zu schaffen, Bäume müssen Autobahnen weichen, der Verkehr bläst Emissionen in die Luft. Die globalen Konsequenzen all dessen sind verheerend. Immer rasanter nimmt die Erderwärmung zu. Mit ihr steigt auch die Häufigkeit von Dürreperioden, Überschwemmungen und Stürmen.

Obwohl in den Ländern des globalen Südens pro Kopf deutlich weniger Emissionen ausgestoßen werden als in den imperialistischen Zentren des globalen Nordens, werden die Menschen dort, und zwar besonders die unteren Klassen schon lange mit voller Wucht von diesen ökologischen Krisen getroffen. Gleichzeitig organisieren sie schon seit Jahrhunderten und lange vor der Entstehung der Umweltbewegungen im globalen Norden Widerstand gegen die Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt. Hier zeigt sich, wie eng ökologische Krisen mit anderen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung verwoben sind.

Der Widerstand der unteren Klassen im globalen Süden gegen die Folgen dieser Katastrophen wird jedoch durch die jahrhundertlange koloniale Ausbeutung der Erde massiv erschwert. Besonders stark betroffen sind weiblich sozialisierte Personen. Sie leiden oft direkter unter Umweltkatastrophen, weil patriarchale Rollen sie stärker an Haus, Kinder und lokale Gemeinschaft binden. Auch Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen sind besonders verletzlich gegenüber den zunehmenden ökologischen Krisen. Doch selbst innerhalb eines imperialistischen Kernlandes wie Deutschland zeigen sich große Unterschiede entlang von Einkommen und Vermögen. Im Schnitt gilt: Je reicher, desto mehr Emissionen verursachen Menschen. Je ärmer, desto härter trifft sie die Klimakrise.

Auch wenn täglich verkündet wird, es könne durch individuellen Konsumverzicht, kleinere Umstellungen der Produktion und neue Technologien ein „Weiter so“ innerhalb der ökologischen Grenzen geben, ist klar: der Kapitalismus wird immer auf die Ausbeutung der Umwelt angewiesen sein. Denn Kapitalist:innen beuten die Umwelt nicht aus, weil sie schlechte Menschen sind, nicht an den Klimawandel glauben oder die Konsequenzen noch nicht richtig verstanden haben, sondern weil sie von der Konkurrenzlogik des Kapitalismus dazu getrieben werden, möglichst kostengünstig zu produzieren.

Das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zustand zu begrenzen, das sich die Staaten selbst gegeben haben, ist bereits gescheitert. Der vorherrschende Diskurs um diese Zahl vermittelt aber, dass dies weiterhin möglich sei. Außerdem fungiert diese Zahl als über allem schwebende Trennlinie zwischen Erfolg und Niedergang und verschleiert damit, dass auch darüber hinaus jedes Zehntel Grad Celsius Erderwärmung mehr ganze Weltregionen unbewohnbar machen wird.

Als Menschen, die für ein gutes Leben für alle kämpfen, müssen wir uns damit auseinandersetzen, was es bedeutet, in einer Welt zu leben, die zunehmend unbewohnbar wird. Daher gilt es zu diskutieren, welche Auswirkungen die Klimakrise und mögliche Kollaps-Erscheinungen auf unsere Strategie haben. Gleichzeitig erscheint vor dem Hintergrund einer möglicherweise dystopischen Zu-

kunft die Erkämpfung gesellschaftlicher Strukturen, in denen die vorhandenen Ressourcen orientiert an den Bedürfnissen aller Menschen verwaltet werden, umso notwendiger.

3.7 Technologischer Wandel & Digitalisierung

Menschen bringen seit jeher technische Innovationen hervor. Viele davon können uns sehr nützlich sein: Zum Beispiel dann, wenn sie körperlich schwere, zeitintensive, gesundheitsgefährdende oder monotone Arbeitsmethoden übernehmen oder erleichtern; wenn sie kranken, alten oder anderweitig eingeschränkten Menschen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen; wenn sie unsere Kommunikation, Mobilität und andere Bereiche des Lebens besser und angenehmer machen; wenn sie gleichzeitig hinsichtlich ökologischer Auswirkungen und Herstellungsaufwand unbedenklich sind und keine tiefgreifenden Abhängigkeiten erzeugen.

Bei den meisten potentiell nützlichen Innovationen steht allerdings ihre Anwendung in einer kapitalistischen Gesellschaft dem möglichen Nutzen entgegen. Nehmen beispielsweise Maschinen oder Software Lohnabhängigen die Arbeit ab, ist normalerweise nicht ein weniger anstrengender Arbeitsalltag die Folge, sondern eine Kündigung.

Smartphones könnten hilfreiche Begleiter im Alltag sein, werden aber von Konzernen zur Sammlung unserer Daten und von Regierungen zur sozialen Kontrolle genutzt. Ohne Smartphone mit Internetzugang können viele Dienstleistungen gar nicht oder nur sehr erschwert abgerufen werden, was eine wachsende Abhängigkeit hervorruft. Außerdem belastet die Produktion der meisten technischen Geräte aktuell die Umwelt durch Ausbeutung natürlicher Ressourcen und den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen.

Technische Innovationen sollten also weder pauschal verdammt noch gefeiert werden, sondern stets auf ihre potenzielle Nutzbarkeit, ihre aktuelle Verwendung und die daraus entstehenden Abhängigkeiten hin überprüft werden. Dabei zeigt sich, dass die Digitalisierung Innovationen hervorgebracht hat, die – wie frühere technische Neuerungen – dem Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen schaden. So wird der Arbeitstakt zunehmend überwacht, die Kontrolle des öffentlichen Raums erleichtert und ausgeweitet, und die Vereinzelung unter den Beschäftigten nimmt zu, etwa durch die Aufteilung von Produktionsschritten oder das Homeoffice, was die Entsolidarisierung verstärkt.

3.8. Aufstieg der Rechten

Die kapitalistische Gesellschaft hat seit jeher nicht nur emanzipatorischen Widerstand von unten hervorgebracht, sondern stets auch reaktionäre Kräfte, die bestimmte Entwicklungen der kapitalistischen Moderne aus einer anti-emanzipatorischen Perspektive ablehnten und Errungenschaften der lohnabhängigen Klasse angriffen. In Deutschland, Europa und auf der ganzen Welt befinden sich rechte, reaktionäre und neofaschistische Kräfte seit mehr als zehn Jahren wieder im Aufstieg. Das zeigt sich in rechten Straßenmobilisierungen, Wahlerfolgen rechter Parteien und der Rechtsentwicklung der anderen bürgerlichen Parteien.

Nationalistische, rassistische und sozialchauvinistische Einstellungen waren dabei schon immer in unterschiedlich großen Teilen der deutschen Bevölkerung verankert. Hier zeigt sich, dass es nach

1945 nie einen wirklichen Bruch mit und Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit gab. Mit der AfD, um die sich eine breitere extrem rechte Bewegung herum gruppiert, verbreiten sich extrem rechte Einstellungen nun weiter als zuvor und sind in allen Parlamenten vertreten. Der Aufstieg der AfD steht in Wechselwirkung mit dem Aufstieg noch weiter rechts stehender Kräfte: Reichsbürger:innen, völkische Siedler:innen, Neonazis.

Der Umgang der Regierungsparteien mit der AfD in den letzten Jahren zeigt, wie eng Faschismus und Kapitalismus zusammenhängen. Tatsächlich vorhandene Probleme, wie teure Lebenshaltungskosten, knapper Wohnraum, fehlende politische Mitsprache und Klimakrise, werden nicht gelöst. Zum Teil ist der Handlungsspielraum der Parteien durch kapitalistische Gesetzmäßigkeiten eingeschränkt. Allerdings besteht auch nicht der politische Wille, den Rahmen dessen, was möglich wäre, auszuschöpfen. Stattdessen übernehmen sie Forderungen der AfD und überbieten sich gegenseitig in ihren Plänen für Abschiebungen, Aufrüstung und Ausgrenzung von Armutsbetroffenen.

Obwohl hierzulande deutschnationale extrem rechte Kräfte zweifellos die größte Gefahr darstellen, dürfen andere extrem rechte Bewegungen nicht aus den Augen verloren werden. Gerade die türkische Rechte rekrutiert junge Menschen und schwört sie auf den türkischen Nationalismus ein. Auch christlicher und islamischer Fundamentalismus erleben einen Aufstieg. Diese rechten Bewegungen haben bei all ihrer Unterschiedlichkeit eines gemeinsam: Sie greifen Menschen an, die wegen Herkunft, Religion, geschlechtlicher Identität, Sexualität oder dem Vertreten emanzipatorischer Positionen nicht in ihr reaktionäres Weltbild passen. Sie spalten zudem die lohnabhängige Klasse, schwächen den Kampf für ihre Befreiung und dienen damit den Interessen der Herrschenden.

3.9. Aktuelle Entwicklungen

Die in diesem Kapitel dargestellten, grundlegenden Strukturen unserer Gesellschaft bestehen über einen langen Zeitraum fort. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Gesellschaft still steht. Die genauen Bedingungen von Ausbeutung und Unterdrückung befinden sich immer im Wandel. Wir wollen daher zuletzt knapp auf einige aktuelle Entwicklungen in der Welt, Europa und in Deutschland eingehen.

Weltweit können wir spätestens seit der Jahrtausendwende größere Verschiebungen der globalen imperialistischen Machtverhältnisse beobachten. Die USA haben ihren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bewahrten Status als einzige Weltmacht durch den Aufstieg des chinesischen Imperialismus schrittweise eingebüßt. Diese Formierung eines zukünftig potentiell ebenbürtigen Konkurrenten in Asien beantworten die USA zusammen mit ihren regionalen Verbündeten zunehmend mit einem Konfrontationskurs aus Wirtschaftssanktionen und militärischen Drohgebärden. Auf der anderen Seite der Erde ringen EU und NATO mit dem russischen Imperialismus um die Kontrolle Osteuropas, insbesondere des Schlüsselstaats Ukraine. Diese gemeinsame Mission der westlichen Verbündeten hat den Beziehungen zwischen den EU-Staaten und den USA, die seit der Trump-Präsidentschaft 2016 bis 2020 von deutlicher zutage tretenden Konflikten geprägt waren, vorerst etwas Entspannung verschafft. Die schlechte wirtschaftliche Entwicklung abhängiger Staaten, wiederkehrende Kriege und nicht zuletzt die Klimakrise verstärken Fluchtbewegungen aus Lateinamerika,

3. Unsere Analyse: Die Bedingungen, unter denen wir kämpfen

Afrika und Westasien in die imperialistischen Zentren, auf die diese zunehmend mit Abschottung ihrer Grenzen reagieren. Diese Fluchtbewegungen werden außerdem von den Herrschenden und den Rechten instrumentalisiert, um rassistische Stimmungen weiter anzuheizen.

Mit dem aufkommenden Neoliberalismus sind seit den 1980er Jahren in den USA, genauso wie in Deutschland und den anderen europäischen Staaten kontinuierlich staatliche soziale Sicherungssysteme abgebaut worden, welche vorher zu einem gewissen Grad soziale Notlagen der Lohnabhängigen abfedern konnten. Spezifisch in Deutschland hat die sogenannte "Wiedervereinigung" diese Entwicklung verstärkt. Doch überall hat der Klassenkampf von oben zugenommen und den Druck auf die lohnabhängige Klasse erhöht. Die Finanzkrise 2008/2009, die Corona-Pandemie ab 2020 und der Krieg in der Ukraine ab 2022 haben dieser Entwicklung jeweils noch einen Schub gegeben. Die Folgen der Finanzkrise waren in Deutschland noch vergleichsweise schwach zu spüren, da die Krisenlasten vor allem auf die Lohnabhängigen Südeuropas abgeladen wurden; Die Folgen von Pandemie und Krieg sind nun jedoch auch hier deutlich merkbar. In Deutschland spitzen sich die Verhältnisse in Form stagnierender Löhne, wachsender Armut und rasant steigender Mieten zu. Gerade unter der Ampel-Regierung wurde der Sozialstaat und sein Personal noch weiter kaputt gespart. Das Geld investieren die Regierungen Europas derweil in ihre militärische Aufrüstung. Unter dem Eindruck der Konfrontation mit Russland und den Plänen für eine eigene "EU-Armee" wollen sie die Kriegsfähigkeit aufbauen. Nach innen findet in Deutschland und den anderen europäischen Staaten eine massive Militarisierung statt. Emanzipatorische Massenbewegungen gegen Krieg und Krise bleiben derweil in Deutschland aus. Selbst die vorhandenen Bewegungen schwächeln und verlieren an Dynamik. Die Unzufriedenheit vieler Menschen können daher die extremen Rechten aufgreifen, die in ganz Europa auf dem Vormarsch sind. Ihre Forderungen werden bereits von den Regierungen umgesetzt und von Teilen der lohnabhängigen Klasse mitgetragen.